



KANTON SCHAFFHAUSEN

RECHENSCHAFTSBERICHT 2017–2020

VOM REGIERUNGSRAT BESCHLOSSEN AM 22. DEZEMBER 2020



BERICHT UND ANTRAG DES REGIERUNGSRATS DES KANTONS SCHAFFHAUSEN AN DEN KANTONSRAT BETREFFEND RECHENSCHAFTSBERICHT 2017–2020

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen den Rechenschaftsbericht 2017–2020 des Regierungsrates zur Kenntnisnahme.

Nach Art. 54 in Verbindung mit Art. 63 der Kantonsverfassung legt der Regierungsrat Rechenschaft über die vergangene Amtsperiode ab. Der Kantonsrat nimmt von diesem Bericht Kenntnis.

BILANZ DER LEGISLATURPERIODE 2017–2020

Die vergangene Legislaturperiode war geprägt von - im Vergleich zur letzten Periode - viel positiveren finanziellen Rahmenbedingungen. Das frühzeitige Eingreifen mit zwei Entlastungsprogrammen in den vergangenen neun Jahren hat zusammen mit starken Erträgen in der abgelaufenen Legislatur dazu geführt, dass die Finanzlage des Kantons Schaffhausen aktuell sehr solide ist. Es konnten 175 Mio. Franken finanzpolitische Reserven geschaffen werden. Durch Entnahmen aus diesen Reserven können die erwarteten Defizite der kommenden Legislatur reduziert werden.

Ebenso im Vordergrund stand die weitere Stärkung Schaffhausens als Lebensstandort und als Wirtschaftsstandort. So wurden bedarfsgerechte schulergänzende Tagesstrukturen eingeführt. Die Steuerreform und AHV-Finanzierung STAF konnte im Kanton Schaffhausen erfolgreich umgesetzt werden. Das neue Recht bietet ein wirtschafts- und familienfreundliches Gesamtpaket. Die Gesamtsteuerbelastung wurde für Kapitalgesellschaften nach einer Übergangsphase von fünf Jahren auf 12 bis 12,5 % festgelegt und es wurden weitere Instrumente eingeführt. Zur Entlastung von natürlichen Personen wurden ab 2020 die Versicherungsabzüge erhöht, Steuergutschriften für Familien mit Kindern sowie erhöhte Kinder- und Ausbildungszulagen beschlossen.

Der bisher erfolgreiche Weg eines nachhaltigen Wachstums von Wirtschaft, Bevölkerung und Steuersubstrat bei gleichzeitiger Erhaltung der Wohlfahrt und der hohen Lebensqualität wurde konsequent weiterverfolgt. Der Regierungsrat betrieb eine aktive Standortentwicklung, die auf drei Zielen basierte: Förderung lokaler Unternehmen und deren Kernkompetenzen, Ansiedlung neuer, auch internationaler Unternehmen und weiteres Hinwirken auf eine hohe Lebensqualität.

Ebenfalls im Vordergrund der politischen Tätigkeit des Regierungsrates stand die Klimathematik. Die Regierung erarbeitete eine Kli-

mastrategie für den Kanton Schaffhausen, die alle Klimathemen, einschliesslich Klimaschutz, umfasst.

Im letzten Jahr der Legislaturperiode wurde die politische Agenda - weltweit - von einem Thema beherrscht - vom Coronavirus. Die Corona-Krise hatte (und hat) Auswirkungen auf alle Bereiche des Lebens. Die Schaffhauser Volkswirtschaft wurde vor grosse Herausforderungen gestellt. In diesem Bereich erarbeitete die Regierung umgehend ein wirksames Massnahmenpaket zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen. Die Gesundheitseinrichtungen waren extrem gefordert.

Insgesamt konnte der Regierungsrat in den vergangenen vier Jahren einen Grossteil seiner Ziele erreichen. Highlight im Verkehrsbereich war die Eröffnung des Galgenbucktunnels im Dezember 2019. Die Planung für die flankierenden Massnahmen zum Galgenbuckunnel wurde vorangetrieben. Die Stimmberechtigten haben dem Bau des Polizei- und Sicherheitszentrums und dem Neubau für das Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt zugestimmt. Die seit langem verfolgte Idee der Zusammenführung von RVSH und VBSH konnte realisiert werden und wurde in den Volksabstimmungen im Kanton und in der Stadt Schaffhausen mit deutlichem Mehr angenommen.

Die bauliche Erneuerung der Spitäler Schaffhauser verläuft planmässig. Im Bereich der Spitalversorgung wurde ein Versorgungsbericht für die stationäre Akutversorgung, Rehabilitation und Psychiatrie erstellt, der die Basis bildet für die Ausschreibung der Leistungsaufträge und Erstellung der Spitalisten 2023. Im Bereich der Energie wurden die Leitlinien und Massnahmen der kantonalen Energiepolitik aktualisiert und angepasst. Die Umsetzung der 28 konkreten Massnahmen aus der Demografiestrategie wurde im Rahmen eines jährlichen Controllings überprüft. Auch wenn bei fast allen Massnahmen Fortschritte erzielt werden konnten, besteht in allen vier strategischen Schwerpunktfeldern weiterhin Handlungsbedarf.

Im Rechenschaftsbericht wird detailliert Bericht erstattet über den Stand der Realisierung der Ziele und Projekte des Regierungsrates in den Jahren 2017–2020. Die Mehrheit der Projekte konnte im Rahmen der Erwartungen vorangetrieben werden. Die umfangreiche Liste belegt, dass Parlament, Regierung und Verwaltung sowie alle weiteren Beteiligten ihre entsprechenden Aufgaben mit grossem Engagement und Erfolg angepackt haben. Es lässt sich damit eine positive Bilanz der Legislaturperiode 2017–2020 ziehen.

INHALTSVERZEICHNIS

Schwerpunktthemen 2017–2020	4
1 Volkswirtschaft	7
2 Verkehr	10
3 Finanzen und Steuern	13
4 Bildung	16
5 Gesundheit	29
6 Soziale Sicherheit	30
7 Gesellschaft, Kultur und Freizeit	31
8 Öffentliche Ordnung und Sicherheit	34
9 Umweltschutz und Raumordnung	36
10 Verwaltung, Strukturen und Aussenbeziehungen	40

SCHWERPUNKTTHEMEN 2017–2020

1. Schaffhausen als Lebensstandort stärken

Dank der in der Legislaturperiode 2017 - 2020 vorbereiteten kantonalen Umsetzung der Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF) kann seit 1. Januar 2020 ein wirtschafts- und familienfreundliches Gesamtpaket angeboten werden, was zur Stärkung von Schaffhausen als Lebensstandort beiträgt.

Mit einer auf einem griffigen Konzept aufgebauten Imagekampagne wollte der Regierungsrat ab dem Jahr 2019 vor allem junge Familien und Paare aus dem Grossraum Zürich anlocken und damit die Überalterung in der Bevölkerung korrigieren. Nicht mehr vom «kleinen Paradies» sollte die Rede sein, sondern ein Ort gezeigt werden, an dem «Einfach mehr Leben» möglich ist. Der dem Kantonsrat vorgelegte Kreditantrag in Höhe von 1,25 Millionen Franken, verteilt über einen Zeitraum von fünf Jahren, wurde nicht genehmigt. Die Aktivitäten zum Wohnortmarketing wurden daher unverändert als Teil der Wirtschaftsförderungsaktivitäten ohne ergänzende Kampagne weitergeführt.

2. Schaffhausen als Wirtschaftsstandort stärken

Die Stärkung des Kantons als Wirtschaftsstandort bildete das zweite Kernziel des Regierungsrates. Die steigende Bedeutung von Innovations- und Technologieaspekten im Wettbewerb der Standorte wurde mit der Positionierung von Schaffhausen als führende Region in der Anwendung zukunftsgerichteter Technologien an der Schnittstelle zwischen Industrie und Digitalisierung ins Zentrum gerückt.

Mit der Änderung des Wirtschaftsförderungsgesetzes wurde der weiteren Stärkung der Innovationskraft sowie der gezielten Förderung von Start-up-Unternehmen Rechnung getragen.

Die Anstrengungen zur Ansiedlung von Hochschulinstituten zur Sicherung der Fachkräfte und als Beitrag zur Standortqualität wurden vorangetrieben.

Um Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen den Zugang zu den Leistungsangeboten der öffentlichen Hand zu erleichtern, hat der Regierungsrat Schritte zur Digitalisierung der Verwaltungsprozesse eingeleitet und teilweise auch bereits umgesetzt. Im Rahmen des Standortmarketings wurden die digitale Präsenz und die virtuellen Aktivitäten zur Promotion von Schaffhausen als attraktiver Arbeits- und Wohnort gezielt ausgebaut.

Mit der Umsetzung der Vorgaben aus dem Bundessteuerharmomisierungsgesetz in das kantonale Steuergesetz wurde ein wirtschaftsfreundliches Gesamtpaket geschnürt. Ihr Kernelement stellt die Vereinheitlichung der Gesamtsteuerbelastung für Kapitalgesellschaften im Kanton Schaffhausen auf 12 – 12,5 Prozent nach einer Übergangsphase ab 2025 dar. Darüber hinaus sieht das neue Recht die Einführung einer Patentbox und Begünstigungen bei den Aufwendungen für Forschung und Entwicklung vor. Damit festigt der Kanton seine steuerliche Wettbewerbsposition als Unternehmensstandort mit attraktiven Rahmenbedingungen für ansässige und internationale Unternehmen.

3. Demografiestrategie umsetzen

Mit Beschluss vom 24. Januar 2017 hat der Regierungsrat ausgehend vom Bericht «Demografiestrategie des Kantons Schaffhausen» die kantonale Demografiestrategie verabschiedet und den Bericht dem Kantonsrat als Orientierungsvorlage überwiesen. Im Bericht wurde der Handlungsbedarf zur Bewältigung der demografischen Herausforderungen in vier strategische Schwerpunkte zusammengefasst, welche vom Regierungsrat innerhalb des Schwerpunkttthemas «Demografiestrategie umsetzen» ins Legislaturprogramm 2017–2020 aufgenommen wurden:

- Bedarfsgerechten Arbeitsplätze-Pool erhalten
- Mit wohnortnahen Pflege- und Gesundheitsdienstleistungen sowie differenzierten Wohnformen Lebensqualität und Autonomie im Alter unterstützen
- Siedlungs- und Verkehrsentwicklung auf demografische Bedürfnisse und Entwicklungen ausrichten
- Bildungswesen auf eine zunehmend heterogene Bevölkerung ausrichten

Den vier strategischen Schwerpunkten wurden 28 Massnahmen zugrunde gelegt, deren Umsetzung die Departemente während der Legislaturperiode als Jahresziele starteten und vonseiten des Regierungsrats von 2018–2020 im Rahmen eines jährlichen Controllings überprüft wurde. Per Legislaturende wurde gegenüber der Regierung festgehalten, dass rund ein Sechstel der 28 Massnahmen verbleiben, bei denen man bei der Umsetzung aufgrund eingetretener Verzögerungen oder ungeklärter finanzieller Lücken noch nicht den Vorstellungen entsprechend voranschreiten konnte. Die Umsetzung verschiedener Massnahmen war u.a. auch vom politischen Willen des Kantonsrats abhängig. So konnten innerhalb des strategischen Schwerpunktes «Bedarfsgerechte Arbeitsplätze-Pool erhalten» bei der Massnahme «Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern» mit Annahme der Einführung einer Steuergutschrift

pro Kind und Jahr, der Erhöhung der Kinder- und Ausbildungszulagen sowie des Gesetzes zur Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung im Vorschulalter und der Teilrevision des Steuergesetzes betreffend den Betreuungsabzug für Kleinkinder konkrete Fortschritte erzielt werden. Andererseits konnte das Vorhaben, die Massnahme «Standortmarketing pflegen» aufgrund der Ablehnung des Kantonsrats der Finanzierung einer Imagekampagne nicht wie geplant umgesetzt werden. Zentral war zudem die Annahme der Anpassung des Richtplans. Der revidierte Richtplan ebnete den Weg für Fortschritte bei der Umsetzung mehrerer Massnahmen innerhalb des strategischen Schwerpunktes zur Siedlungs- und Verkehrsentwicklung.

Per Ende Legislatur kam die departementsübergreifende Arbeitsgruppe Demografie, welche zur Erarbeitung der kantonalen Demografiestrategie gegründet wurde, erneut zusammen, um Bilanz zum Stand der Umsetzung der Strategie zu ziehen sowie neue Zahlen des Bundesamts für Statistik (BFS) betreffend das Bevölkerungswachstum und die durchschnittliche Alterung der Bevölkerung im Kanton Schaffhausen bis 2050 zu besprechen. Die Arbeitsgruppe sieht in allen vier strategischen Schwerpunktfeldern weiterhin Handlungsbedarf angezeigt. Dabei gilt es sich unter Berücksichtigung der Zahlen des BFS auf eine tendenziell noch dynamischere demografische Entwicklung einzustellen. Die Arbeitsgruppe hat dem Regierungsrat deshalb vorgeschlagen, den Stand der Umsetzung der Demografiestrategie in Form einer Orientierungsvorlage zusammenzufassen und darin aufzuzeigen, welche Massnahmen wie weiterverfolgt werden sollten.

4. Infrastrukturprojekte realisieren

Im Bereich Hochbau wurde u.a. für die Schaffhauser Tourismusorganisationen das Ladenlokal Vordergasse 73 unter dem Rathaus reorganisiert. Nach dem Umzug vom «Haus der Wirtschaft» am Herrenacker ins Zentrum der Altstadt konnten die Flächen im November 2020 in Betrieb genommen werden. Das weitgehend leerstehende ehemalige Pflegezentrum auf dem Geissberg wurde für verschiedene öffentliche Zwischennutzungen zur Verfügung gestellt. Auf dem Areal J.J. Wepferstrasse 6 «Waldhaus» wurde u.a. nach dem Wegzug der BBZ-Klassen der Pflegeberufe der Pavillon mit seinen vier Klassenzimmern zur Entlastung der Flächen der Staatsanwaltschaft am Bahnhof für deren Abteilung Jugendanwaltschaft hergerichtet. Auf dem Areal Charlottenfels wurde parallel zur Erstellung des Galgenbucktunnels eine attraktive Fusswegverbindung vom Bahntal zur Scheidegg realisiert. Auf den

Seitenflügeln des Schlosses wurden die 1939 abgebauten Pavillonlondächer wiederhergestellt. Das Friedensrichteramt wurde vom Fronwagplatz 24 an die Vordergasse 54 verschoben. Im Verwaltungsgebäude Mühlental wurden sämtliche Kundenbereiche saniert. Für das Berufsbildungszentrum BBZ wurden am Standort Hintersteig neben der umfassenden Sanierung des Pausenplatzes und der darunterliegenden Einstellhalle die Haupthalle reorganisiert und aufgefrischt und der Ersatz der sanitären Stockwerkverteilung in Angriff genommen. Am Objekt Frauengasse 20/22 wurde die hofseitige Fassade mit den Laubengängen instandgesetzt, am Haus «zur Münz» Beckenstube 11 wurden sämtliche Fenster ersetzt. Der Regierungsratssaal und das Treppenhaus des Regierungsgebäudes wurden umgestaltet und mit neuzeitlicher Beleuchtung und neuem Mobiliar versehen. Das Aussenlager GZM Mühlental wurde für das Staatsarchiv reorganisiert und erweitert.

Im Bereich Strassenbau konnte der Galgenbucktunnel fertig erstellt und in Betrieb genommen werden. Flankierend zum Nationalstrassentunnel wurden auf kantonaler Ebene die Radwegverbindungen zwischen Beringen und Neuhausen (Radweg Engi) sowie zwischen der Stadt Schaffhausen und Neuhausen (Radweg Katzensteig) realisiert. Auf Stadtgebiet wurden im Auftrag der Stadt Schaffhausen die Agglomerationsprojekte Rheuferstrasse mit Kragplattensanierung, Gennersbrunnerstrasse/Industriestrasse, Erweiterung Buslinien 5/9 sowie der Kreisel Dachsenbühl an der Schweizersbildstrasse umgesetzt. Im oberen Kantonsteil wurde die Ortsdurchfahrt H332 in Ramsen aufgewertet. Insgesamt wurden in der Legislaturperiode je rund 20 grössere Kantonsstrassen- und Stadtstrassenabschnitte saniert. Neben den Strassenbauprojekten wurden etliche Kunstbauten instandgesetzt, so u.a. die Rheinbrücke Stein am Rhein sowie Stützmauern in der Stadt Schaffhausen und in Neuhausen am Rheinfeld. Auf planerischer Ebene wurde insbesondere der Nationalstrassenausbau Schaffhausen Süd - Schaffhausen Herblingen (Federführung Bund) weiterentwickelt. Von strategischer Bedeutung für den Kanton Schaffhausen war schliesslich der Abtausch der A4 nach Barga mit der ehemaligen J15 nach Thayngen zwischen Bund und Kanton (Neuer Netzabschluss NEB).

5. Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung zwischen Kanton und Gemeinden

Die letzte Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung zwischen dem Kanton und den Gemeinden liegt mehr als ein Jahrzehnt zurück. Einige Verbundaufgaben sind jedoch geblieben und neue Finanzierungsaufteilungen mit Kostenfolgen wurden geschaffen. Der Regierungsrat hat deshalb gemeinsam mit dem VGGSH Mitte 2017 beschlossen, ein Projekt zur Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung zu starten. Die bestehenden Verbundaufgaben wurden zunächst zusammengetragen und in einem Bericht vom 5. März 2018 festgehalten. In der Folge definierte ein Steuerungsausschuss, bestehend aus Vertretern des Kantons und der Gemeinden, die Vorgehensweise zur Prüfung der bestehenden Verbundaufgaben und legte die Handlungsrichtlinien für das Projekt fest. Es wurden sieben Fachgruppen geschaffen (1. Steuern und Finanzen, 2. Öffentliche Sicherheit, 3. Bildung, 4. Gesundheit, Alter und Pflege, 5. Soziale Sicherheit, 6. Verkehr, Umwelt und Raumordnung sowie Natur- und Heimatschutz, 7. Volkswirtschaft). Deren Mitglieder überprüften zusammen mit der Projektleitung die noch bestehenden 25 Verbundaufgaben, analysierten die zentralen Prozessabläufe dazu und schätzten die finanziellen Auswirkungen einer Entflechtung für die einzelnen Verbundaufgaben. Basierend auf den Prozessanalysen, den Erfahrungen der Fachgruppenmitglieder sowie den finanziellen Erhebungen wurde abgeschätzt, ob Potential für die Ausarbeitung von Entflechtungsvarianten erkennbar ist. Einen Zwischenbericht, welcher die Erkenntnisse festhält, gab der Regierungsrat im Dezember 2019 mit Frist bis Mitte 2020 verwaltungsintern sowie bei den Gemeinden in die Vernehmlassung.

Am 24. August 2020 ist der Steuerungsausschuss zusammengekommen und hat, gestützt auf die Erkenntnisse der internen Vernehmlassung zum Zwischenbericht, festgehalten, bei welchen Themenfeldern die Entflechtung weiterverfolgt werden soll, wer Entflechtungsvarianten weiter prüfen soll (Fachgruppe/zuständiges Departement) und allenfalls in welcher Weise entflochten werden könnte (Entflechtungsvorschlag). Von einer Entflechtung wurde ausgegangen, wenn eine Aufgabe und deren Finanzierung neu nur noch einem Gemeinwesen zugeteilt werden soll (vollständige Entflechtung) oder einzelne Bereiche einer Aufgabe neu entweder dem Kanton oder den Gemeinden zugeordnet werden sollen (Teilentflechtung). Ende 2020 begannen die Fachgruppen Entflechtungsvorschläge ausarbeiten, welche im kommenden Jahr vom Steuerungsausschuss bewertet werden und im Anschluss mit einem umfassenden Bericht und Antrag des Regierungsrates dem Kantonsrat unterbreitet werden sollen.

1 VOLKSWIRTSCHAFT

Der Kanton Schaffhausen ist ein attraktiver, innovativer und wettbewerbsfähiger Wirtschafts-, Arbeits- und Wohnstandort mit hoher Lebensqualität

- Ergebnis:

In der Legislaturperiode 2017–2020 verfolgte der Regierungsrat den bisher erfolgreichen Weg eines nachhaltigen Wachstums von Wirtschaft, Bevölkerung und Steuersubstrat bei gleichzeitiger Erhaltung der Wohlfahrt und der hohen Lebensqualität konsequent weiter. Die Schlüssel zur regionalen Entwicklung waren und sind Innovation und Unternehmertum. Deshalb betrieb der Regierungsrat eine aktive Standortentwicklung, die auf drei Zielen basierte: Er förderte lokale Unternehmen und deren Kernkompetenzen, er siedelte neue, auch internationale Unternehmen an und wirkte weiter auf eine hohe Lebensqualität hin. Im August 2020 stimmte eine grosse Mehrheit der Schaffhauser Stimmberechtigten der Änderung des kantonalen Wirtschaftsförderungsgesetzes und damit der an neue wirtschaftliche Herausforderungen und veränderte gesellschaftliche Erwartungen angepassten Weiterführung der Wirtschaftspolitik des Kantons Schaffhausen zu. Dadurch wird die Unterstützung von innovativen Jungunternehmen (Start-ups) und der Wissens- und Technologieaustausch verbessert. Die Klimaziele sind Teil des Gesetzes und die Transparenz bei der Vergabe der Fördermittel wurde weiter erhöht.

Der Regierungsrat setzte sich in der Berichtsperiode nicht nur für konkurrenzfähige industrielle Zentren ein, sondern stärkte auch die ländlichen Gebiete und wirkte auf einen wettbewerbsfähigen Tourismus hin. Die Programme des Bundes zur Neuen Regionalpolitik (NRP) 2016–2019 sowie 2020 ff., die Instrumente der Regional- und Standortentwicklung (RSE) des Kantons, das Tourismusförderungsgesetz vom 15. Mai 2017 sowie das Gesetz über Pärke von nationaler Bedeutung im Kanton Schaffhausen (Kantonales Parkgesetz) vom 20. Mai 2019 tragen dazu bei, die Vielfalt des ländlichen Raums sowie dessen Potenziale zu erschliessen.

Die Corona-Krise stellte die Schaffhauser Volkswirtschaft im Jahr 2020 vor grosse Herausforderungen. Die Situation hat sich mit den vom Bundesrat mit Notrecht beschlossenen Einschränkungen des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens stark akzentuiert. Viele Betriebe standen und stehen vor existentiellen Herausforderungen. Der Regierungsrat erarbeitete umgehend ein wirksames Massnahmenpaket zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen durch die Ausbreitung des Coronavirus. Dank seiner erfolgreichen Wirtschaftspolitik und solider Kantonsfinanzen war und ist der Kan-

ton in der Schaffhausen in der Lage, die erforderlichen Unterstützungsmassnahmen zu tragen.

Neue Herausforderungen erfordern mithin ein Umdenken und eine aktive Auseinandersetzung aller Akteure. Um die Weichen für die Zukunft richtig stellen zu können, startete der Schaffhauser Regierungsrat in der Legislaturperiode eine langfristig ausgelegte Entwicklungsstrategie 2030. Dank dieser sollen die Potenziale und Prioritäten für die wirtschaftliche Entwicklung der Region sichtbar werden und Richtschnur für ziel- und zukunftsgerichtete Investitionsentscheide bilden.

Aktualisierung und Anpassung der Leitlinien und Massnahmen der kantonalen Energiepolitik 2008–2017

- Ergebnis:

Mit Bericht und Antrag vom 8. Mai 2018 (ADS 18-41) hat der Regierungsrat einerseits Rechenschaft über die Leitlinien und Massnahmen der kantonalen Energiepolitik 2008-2017 abgelegt und andererseits das neue Anschlusskonzept der kantonalen Energiepolitik 2018–2030 präsentiert. Darin sind Ziele und Massnahmen im Energiebereich bis 2030 definiert. Massnahmen, die eine gesetzliche Grundlage erfordern, sind als separate Vorlagen vom Kantonsrat zu genehmigen. Das Anschlusskonzept wurde am 11. und am 25. Juni 2018 im Kantonsrat vorgestellt, diskutiert und in zweiter Lesung schliesslich zur Kenntnis genommen.

Definition des kantonalen Förderprogramms Energie im Bereich Gebäudesanierungen

- Ergebnis:

Seit 1. Januar 2018 bietet der Kanton Schaffhausen ein erweitertes Energieförderprogramm an. Einem entsprechenden Budget hatte der Kantonsrat Ende November 2017 zugestimmt. Dank des erweiterten Förderprogramms können bedeutend mehr Bundesmittel in den Kanton geholt werden, da der Bund die Kantonsmittel in Zusammenhang mit der Energiestrategie 2050 verdoppelt hat. So stehen für die Jahre 2018 bis 2021 insgesamt mehr als 4 Mio. Franken an Fördergeldern pro Jahr zur Verfügung. Unterstützt werden Massnahmen zur energetischen Sanierung von Gebäuden, insbesondere die Dämmung der Gebäudehülle und der Heizungsersatz von fossil auf erneuerbar.

Klärung der Eigentümerinteressen an der Axpo

Holding AG

- Ergebnis:

Aufgrund des dynamischen Umfelds und des nur noch beschränkt umsetzbaren NOK-Gründungsvertrags sind die Eigentümer der Axpo seit 2016 daran, das Verhältnis mit der Axpo Holding AG neu zu regeln. Kernelemente sind der Aktionärsbindungsvertrag (ABV), die Eignerstrategie und die Statuten. ABV und Eignerstrategie bedürfen der Genehmigung aller Aktionäre. Mit der Orientierungsvorlage vom 30. April 2019 (ADS 19-36) informierte der Regierungsrat den Kantonsrat über das neue Vertragswerk. Die kantonsrätliche Spezialkommission 2019/3 erstattete am 14. August 2019 Bericht und Antrag dazu (ADS 19-81). Der Vorsteher des Baudepartements hat im Auftrag des Kantonsrats vier Planungserklärungen in das strategische Gremium der Eigentümer einbringen müssen. Zurzeit ist ein Bericht und Antrag zur Ablösung des NOK-Gründungsvertrags in Arbeit. Er soll dem Kantonsrat bis Ende 2020 vorgelegt werden.

Energie- und Innovationsberatung für Unternehmen im Energiebereich

- Ergebnis:

Im Rahmen der kantonalen Leistungsvereinbarung mit dem Industrie- und Technologiezentrum Schaffhausen (ITS) wurde neben der Umsetzung des Grossverbrauchermodells verstärkt der Fokus auf die Begleitung von Schaffhauser KMU zur Verbesserung ihrer Energieeffizienz gelegt (Programm MoVE). Dazu wurden 2018 und 2019 Informationsveranstaltungen für KMU durchgeführt. Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Grossverbraucherartikels (Art. 42k Baugesetz) hat das ITS zusammen mit Experten im Bereich der Energieeffizienz zahlreiche Unternehmen durch Erstberatungen und Energieverbrauchsanalysen unterstützt.

Weiterentwicklung der Angebote am Rheinflall

- Ergebnis:

In den vergangenen vier Jahren wurde der Betrieb am Rheinflall konsolidiert. Die Besucherzahl hat sich auf sehr hohem Niveau eingependelt. Die Einnahmen aus der Parkplatzbewirtschaftung lagen bei rund 2 Mio. Franken pro Jahr. Die bestehenden Hochbauten wurden mit massvollen Investitionen instandgehalten. Als Vorbereitung für die volkswirtschaftliche Gesamtbetrachtung und die daraus resultierende Vorlage an den Kantonsrat (siehe auch Legislaturziele 2021- 24) wurden Handlungsfelder und mögliche Projekte für den langfristigen Erhalt der Attraktivität des Rheinflalls evaluiert.

Erarbeitung von Grundlagen und eines Konzepts zur Beschleunigung der Marktdurchdringung der Elektromobilität im Kanton Schaffhausen

- Ergebnis:

Im Jahr 2019 ist der Grundlagenbericht «Chancen der Elektromobilität für den Kanton Schaffhausen» zusammen mit einer breit abgestützten Arbeitsgruppe erarbeitet worden. Der Bericht diente als Grundlage für die Formulierung der Elektromobilitätsstrategie. Der Regierungsrat hat am 10. März 2020 den Grundlagenbericht und die Umsetzungsstrategie zur Kenntnis genommen und den Vorsteher des Baudepartements mit der Umsetzung von insgesamt elf Massnahmen beauftragt. Ziel ist die raschere Marktdurchdringung elektrischer Antriebssysteme.

Vorlage für eine mehrjährige Imagekampagne

- Ergebnis:

Der Regierungsrat evaluierte und entwickelte eine mehrjährige Imagekampagne. Die Kampagne «Schaffhausen – Einfach mehr Leben» ausgerichtet auf Personen im Grossraum Zürich wurde vom Kantonsrat aber nicht genehmigt. Die ursprünglich geplanten Kampagnenaktivitäten zur Positionierung des Kantons als attraktiver Wohnstandort zusätzlich zu den allgemeinen Aktivitäten des Wohnortmarketings konnten deshalb nicht umgesetzt werden. Um den Herausforderungen insbesondere hinsichtlich zunehmenden Fachkräftemangels dennoch entgegenzutreten, wurden in Zusammenarbeit mit Wirtschaftsverbänden und Unternehmen gemeinsame Aktivitäten entwickelt.

Vorlage zur Umsetzung der harmonisierten «Muster- vorschriften der Kantone im Energiebereich 2014» (MuKE)

- Ergebnis:

Die energetischen Anforderungen an Neubauten und bestehende Gebäude werden regelmässig an den Stand der Technik angepasst. Die Kantone, die für den Gebäudebereich zuständig sind, definieren die Anforderungen als Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich, kurz MuKE, gemeinsam und versuchen, sie harmonisiert umzusetzen. Im Kanton Schaffhausen bedingt die Anpassung der Anforderungen eine Teilrevision des Baugesetzes. Der entsprechende Bericht und Antrag (ADS 19-107) wurde am 3. Dezember 2019 vom Regierungsrat zuhanden des Kantonsrats verabschiedet. Die vorberatende Kommission hat ihre Arbeit am 3. Juli 2020 abgeschlossen. Am 26. Oktober 2020 wurde die Teilrevision vom Kantonsrat einstimmig genehmigt. Die Referendumsfrist läuft am 26. Januar 2021 ab und die Inkraftsetzung ist auf den 1. April 2021 vorgesehen.

Erarbeitung eines Leitfadens Windenergie für Investoren und Behörden

- Ergebnis:

Im Rahmen der Richtplanänderung Windenergie 2018 hat der Kantonsrat explizit den Bau von Kleinwindenergieanlagen ermöglichen wollen und beauftragte deshalb die Verwaltung mit der Ausarbeitung eines Leitfadens. Der Regierungsrat hat den Leitfaden als behördenanweisendes, selbstbindendes und informelles Planungsinstrument am 16. Juni 2020 genehmigt. Der Leitfaden erläutert den Planungsablauf und schafft Klarheit auf Seiten der Gesuchsteller/ Investoren und der Baubehörden.

Schaffung eines Informations- und Weiterbildungs- angebotes zur Optimierung der Solarstromnutzung mittels grosser Anlagen

- Ergebnis:

Im Frühjahr 2019 wurde ein Informationsanlass zum Thema «Meinen Solarstrom optimal nutzen» durchgeführt. Dabei informierten Fachleute zu den Möglichkeiten für private Bauherren, einen möglichst grossen Anteil ihres selbst erzeugten Solarstroms auch selber zu nutzen, sei dies über eine Steuerung von Angebot und Nachfrage, über Speichertechnologien oder über die Bildung von Eigenverbrauchsgemeinschaften innerhalb derselben Liegenschaft oder über die Parzellengrenze hinaus. Ein ähnlicher Anlass war auch für 2020 vorgesehen, musste Corona-bedingt aber abgesagt werden. Im Zusammenhang mit dem Konzept zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für grosse Solarstromanlagen (ADS 20-68), das am 23. Juni 2020 vom Regierungsrat verabschiedet wurde, sind weitere Informations- und Weiterbildungsangebote vorgesehen.

Orientierungsvorlage betreffend Eignerstrategie für die Elektrizitätswerke des Kantons Schaffhausen AG

- Ergebnis:

Der Regierungsrat hat die Eignerstrategie für die EKS AG am 7. Januar 2020 genehmigt und dem Kantonsrat eine Orientierungsvorlage unterbreitet (ADS 20-03). Die neue, zukunftsweisende Eignerstrategie ersetzt diejenige von 2006/2015 und entspricht den Regeln von Good Corporate Governance. Gemäss der neuen Eignerstrategie soll sich die EKS AG in den Geschäftsfeldern Netz, Netzdienstleistungen, Energievertrieb, Energiedienstleistungen sowie dezentrale Energieerzeugung bewegen und entsprechende Unternehmensstrategien entwickeln. 2020 fanden drei Sitzungen der Spezialkommission statt. Das Geschäft ist noch pendent.

2 VERKEHR

Bessere Anbindung des Klettgaus an die A4 unter gleichzeitiger Entlastung von Neuhausen am Rheinfall vom Durchgangsverkehr (Galgenbucktunnel)

- Ergebnis:

Die Realisierung des Galgenbucktunnels erfolgte unter der Federführung des Bundesamts für Strassen. Das komplexe Nationalstrassenprojekt konnte innerhalb des Budgetkredits von 240 Mio. Franken am 6. Dezember 2019 erfolgreich in Betrieb genommen werden. Tiefbau Schaffhausen ist im Auftrag der Gebietseinheit VII für den Betrieb und Unterhalt des neuen Autobahnzubringers zuständig. In der vergangenen Legislatur wurde die Planung für die flankierenden Massnahmen zum Galgenbucktunnel durch das Baudepartement vorangetrieben. Sie beinhalten Aufwertungs- und Lenkungsmassnahmen auf der Ortsdurchfahrt H4 von Neuhausen am Rheinfall. Die Realisierung der einzelnen Etappen erfolgt schrittweise in den kommenden Jahren.

Ausbau der Stadtdurchfahrt A4 auf vier Spuren

- Ergebnis:

Die Planung des Nationalstrassenausbaus A4 zwischen den Anschlüssen Schaffhausen-Süd und Schaffhausen-Herblingen wurde im Jahr 2012 durch das Bundesamt für Strassen ASTRA lanciert. Im Jahr 2016 stimmten die Regierung und der Stadtrat Schaffhausen dem Generellen Projekt per Vernehmlassung zu. Ende 2017 genehmigte der Bundesrat das Generelle Projekt und beauftragte gleichzeitig das ASTRA mit der Ausarbeitung des Ausführungsprojekts. Die Planung seitens Bund ist im Zeitplan. Parallel zur Erarbeitung des Ausführungsprojekts werden gemeinsam durch den Kanton und die Stadt die flankierenden Massnahmen auf dem untergeordneten Strassennetz entwickelt. Im Jahr 2023 ist die Kreditgenehmigung durch das Bundesparlament geplant. Das Ausbauprojekt mit einer zweiten Tunnelröhre am Fäsenstaub soll ab circa 2028 realisiert werden. Der Ausbau ist nötig, um das städtische Strassennetz langfristig vom Verkehr zu entlasten und die bestehende Tunnelröhre zu sanieren. Zudem wird die Tunnelsicherheit verbessert.

Entlastung Beringens vom Durchgangsverkehr

- Ergebnis:

Im Rahmen der Revision des kantonalen Strassenrichtplans im Jahr 2013 wurde vom Kantonsrat die Umfahrung von Beringen, Löhningen und Siblingen kontrovers diskutiert. Die Umfahrungsstrasse verblieb mit der ursprünglichen Linienführung im Strassenrichtplan, obschon sich die Fraktionen einig waren, dass diese Linienführung überarbeitet werden soll. Die neue Linienführung wurde inzwischen im Rahmen einer umfassenden Kosten-Wirkungsanalyse ausgearbeitet. Sie soll nun dem Kantonsrat mit der nächsten Revision des Strassenrichtplans beantragt werden.

Sicherung der nachhaltigen Finanzierung des ÖV

- Ergebnis:

Gemeinsam mit Bund und Gemeinden stellte der Kanton die Finanzierung des Schaffhauser ÖV-Angebots sicher und baute das Angebot im Rahmen der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel gezielt aus.

Bessere Anbindung an den Wirtschaftsraum Zürich

- Ergebnis:

Ende 2019 konnte eine Taktlücke im RE-Verkehr zwischen Zürich und Schaffhausen vorerst geschlossen werden, indem ein zusätzlicher Kurs um 21.37 Uhr ab Zürich eingefügt wurde. Dieser Zusatzkurs entspricht einer langjährigen Forderung vieler Fahrgäste auf dieser Achse. Der Kanton finanziert für zwei Jahre einen Pilotbetrieb. Aufgrund der effektiven Nachfrage während dem Pilotbetrieb wird entschieden, ob der Kurs definitiv eingeführt werden kann. Mit der Aufnahme des Doppelspurausbaus zwischen Lottstetten und Rafz in das Bahninfrastrukturprogramm des Bundes (STEP AS 2035) kann ab ca. 2030 auch im Regionalverkehr (S9) ein durchgehender Halbstundentakt angeboten werden. In der Zwischenzeit konnte der Betrieb der S9 im Halbstundentakt (während der Hauptverkehrszeit) auch am Wochenende sichergestellt werden.

Ausbau der zukünftigen Nationalstrasse A4 zwischen Schaffhausen und Thayngen

- Ergebnis:

Die ehemalige Kantonsstrasse J15 zwischen Schaffhausen-Herblingen und Thayngen wurde per 1. Januar 2020 in das Nationalstrassennetz aufgenommen. Die Nationalstrasse 2. Klasse weist ein Verkehrsaufkommen von circa 21'500 Fahrzeugen pro Tag auf.

Zugverbindungen nach Basel (Hochrhein)

- Ergebnis:

Das Projekt Ausbau und Elektrifizierung der Strecke Basel-Erzingen wurde in der Zwischenzeit konkretisiert und mit zusätzlichen wichtigen Projektbestandteilen ergänzt. Die DB Netz treibt die Arbeiten zügig voran. Stand heute ist die Inbetriebnahme der elektrifizierten Strecke Ende 2027 geplant. Zu diesem Zeitpunkt soll auch die Einführung des Halbstundentaktes zwischen Basel und Singen, mit Durchbindungen nach St. Gallen, erfolgen. Der finanzielle Beitrag der Schweiz an die Realisierung ist im Ausbauschnitt (AS) 2035 des strategischen Entwicklungsprogramms Eisenbahninfrastruktur (STEP) sichergestellt.

Zugverbindungen nach Stuttgart (Gäubahn)

- Ergebnis:

Die Entwicklung eines Betriebskonzeptes für die Gäubahn ist seit einiger Zeit im Verkehrsministerium von Baden-Württemberg blockiert. Für die konkrete Ausgestaltung der Gäubahn sind verschiedene offene Punkte zu klären. Ein weiteres Problem stellt die mehrjährige Unterbrechung der Gäubahn aufgrund der geplanten Bauarbeiten in Zusammenhang mit dem Bau von Stuttgart 21 und dem Flughafenbahnhof dar. Der Kanton Schaffhausen begleitet den Prozess eng und bringt die Interessen des Kantons ein.

Qualität der Bahn-Verbindungen auf deutschen Strecken über Schweizer Gebiet

- Ergebnis:

Die Qualität der von der SBB GmbH betriebenen Strecke nach Erzingen entspricht den Erwartungen der Fahrgäste, die Züge verkehren pünktlich und mit ansprechendem Rollmaterial. Auf der Strecke Schaffhausen–Singen wird die Strecke durch die DB Regio betrieben, deren Leistungen nicht den vertraglichen Vereinbarungen entsprechen. Zusammen mit dem Besteller NVBW ist der Kanton im Kontakt mit der DB Regio, um die Qualität der Leistungen zu verbessern.

Feinabstimmung der ÖV-Erschliessung innerhalb des Kantons

- Ergebnis:

Im Klettgau und im Randental konnte das Konzept, welches seit 2015 in Betrieb ist, zusätzlich verstärkt werden. So konnten die von der Bevölkerung der Gemeinde Schleithem geforderten Angebotsverbesserungen weitgehend eingeführt werden. Dieses Konzept stellt ein ausgewogenes und zukunftsfähiges Fahrplankonzept dar, welches den Wünschen der Bevölkerung Rechnung trägt.

Zusammenführung RVSH / VBSH

- Ergebnis:

Die seit langem verfolgte Idee der Zusammenführung von RVSH mit den Verkehrsbetrieben Schaffhausen konnte in der vergangenen Legislaturperiode realisiert werden und wurde an den Volksabstimmungen im Kanton und in der Stadt mit deutlichem Mehr angenommen. Somit konnte die RVSH per 2020 in die VBSH integriert werden. Der Kanton und die VBSH schlossen für den Betrieb der Regionalverkehrslinien im Januar 2020 eine Zielvereinbarung ab. Diese stellt sicher, dass die VBSH der Bevölkerung auch in Zukunft ein attraktives, leistungsfähiges und effizientes Regionalverkehrsangebot zur Verfügung stellen wird.

Ausbau des kantonalen Radroutennetzes

- Ergebnis:

In der vergangenen Legislaturperiode wurde das Velonetz mit Markierungs-, Signalisations- und baulichen Massnahmen optimiert. Das kantonale Radroutennetz weist generell einen guten Ausbaustandard auf, wobei es weiteres Verbesserungspotenzial und auch noch etliche Netzlücken gibt. Im Rahmen der flankierenden Massnahmen zum Galgenbuckeltunnel wurde in der Kernagglomeration zwischen Beringen und Neuhausen am Rheinfall mit einem gut ausgebauten Radweg in der Engi eine wichtige Netzlücke geschlossen. Die Stadt Schaffhausen hat im Rahmen des Agglomerationsprogramms mit finanzieller Unterstützung des Bundes und des Kantons den Radweg entlang der Rheinuferstrasse ausgebaut. Leider konnten die beiden Radwege in Rüdlingen und im Wangental aufgrund von Rechtsverfahren noch nicht realisiert werden. Diese beiden Ausbauprojekte sollen in der nächsten Legislaturperiode umgesetzt werden.

Planung und Umsetzung der Agglomerationsprogramme

- Ergebnis:

Die Projekte der Agglomerationsprogramme AP1 und AP2 müssen bis Ende 2027 realisiert sein, ansonsten verfallen die Bundesbeiträge. Die Projekte unter Federführung des Kantons, insbesondere der Ausbau der S-Bahn Schaffhausen, konnten erfolgreich umgesetzt werden. Einzelne kantonale Projekte wurden aufgrund von geänderten Rahmenbedingungen sistiert oder zurückgestellt. Auf kommunaler Ebene sind noch wichtige Projekte ausstehend. Diese werden in den kommenden Jahren vorangetrieben. In den Jahren 2019/2020 wurde unter der Leitung von Tiefbau Schaffhausen das Agglomerationsprogramm der 4. Generation ausgearbeitet. Es wird im kommenden Jahr dem Bund eingereicht. Die Realisierung der prioritären Massnahmen des AP4 ist in der Periode 2024–2028 geplant.

Verstärkung der ÖV-Kommunikation

- Ergebnis:

Die Koordinationsstelle öffentlicher Verkehr hat den gesetzlichen Auftrag, über das ÖV-Angebot zu informieren. Beispielsweise lancierte sie zum letzten Fahrplanwechsel eine Kampagne mit dem Ziel, aktuelle Ereignisse in der Region konkret mit dem ÖV zu verbinden und damit die Bevölkerung auf das gute Angebot zu sensibilisieren. Die Kampagne soll zum vermehrten Umstieg vom MIV auf den ÖV motivieren. Die Kampagne wird im gleichen Stil mit neuen Sujets nach einer durch Corona verursachten Unterbrechung wieder weitergeführt, soll jedoch zusätzlich das Vertrauen der Bevölkerung in den ÖV zurückgewinnen helfen.

3 FINANZEN UND STEUERN

Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell 2 (HRM2)

- Ergebnis:

Das Finanzhaushaltsrecht des Kantons und der Gemeinden wurde totalrevidiert, damit es den schweizweit üblichen Anforderungen an das Finanz- und Rechnungswesen der öffentlichen Hand, dem Harmonisierten Rechnungsmodell für die Kantone und Gemeinden (HRM2) der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren vom 25. Januar 2008, entspricht. Das neue Finanzhaushaltsgesetz vom 20. Februar 2017 wurde auf den 1. Januar 2018 in Kraft gesetzt. Zudem wurde eine ausführende Verordnung (Finanzhaushaltsverordnung vom 12. Dezember 2017) erlassen. Für den Übergang von HRM1 zu HRM2 mussten das Finanzvermögen sowie die Rückstellungen und Rechnungsabgrenzungen des Kantons neu bewertet werden. Im Verwaltungsvermögen erfolgte eine einheitliche Neubewertung der Beteiligungen zum Nennwert. Sämtliche Umbewertungen sind in einen Bilanzanpassungsbericht eingeflossen, welcher die HRM2-Eröffnungsbilanz am 1. Januar 2018 bildet. Parallel mit der Einführung von HRM2 wurde die Informatik von SAP auf Newsystem Public (NSP) umgestellt.

Legate und Fonds

- Ergebnis:

Das Finanzdepartement hat in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Departementen anlässlich des Übergangs von HRM1 auf HRM2 überprüft, ob es Legate und Fonds gibt, welche aufgelöst und in die Staatskasse übertragen werden können. Da eine Auflösung nur gerechtfertigt ist, wenn keine sinnvolle Zweckerfüllung oder Zweckänderung mehr möglich ist, wurden ausser zwei Fonds alle unverändert fortgeführt. Angepasst wurde das Dekret über den kantonalen Winkelriedfonds vom 25. November 1963, damit dessen Vermögen weiterhin sinnvoll eingesetzt werden kann. Der ursprüngliche Hauptzweck, die Unterstützung von Wehrmännern in finanzieller Bedrängnis, war durch die Militärversicherung und die Erwerbsersatzordnung hinfällig geworden. Aufgelöst wurde Ende 2017 der Hermann-Uehlinger-Fonds Charlottenfels, da er über keine Mittel mehr verfügte.

Langfristig gesunder Finanzhaushalt

- Ergebnis:

Das frühzeitige Eingreifen der Regierung mit zwei Entlastungsprogrammen in den vergangenen neun Jahren hat zusammen mit starken Erträgen in der vergangenen Legislatur dazu geführt, dass die Finanzlage des Kantons Schaffhausen aktuell solide ist. Nebst

beachtlichem Eigenkapital konnten zur Absicherung allenfalls schlechterer Ergebnisse 175.1 Mio. Franken finanzpolitische Reserven geschaffen werden. Dank Entnahmen aus diesen Reserven können die erwarteten Defizite der kommenden Legislatur reduziert werden. Damit der Finanzhaushalt weiterhin gesund gehalten werden kann, wird die finanzielle Situation mit einer rollierenden Vierjahresplanung laufend überwacht. Die notwendigen Massnahmen können so frühzeitig eingeleitet werden. Speziell zu beachten sind die finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise, der Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF) und die NFA-Zahlungen.

Steuerreform und AHV-Finanzierung (SV17 / STAF)

- Ergebnis:

Die vergangene Legislatur war geprägt von den Bemühungen, die Steuerreform und AHV-Finanzierung STAF im Kanton Schaffhausen erfolgreich umzusetzen. Es wurden intensive Gespräche (Round Table) mit Parteien, Interessenverbänden und Gemeinden geführt. Die Zeichen stehen ersten Erkenntnissen zufolge gut. Die vom Kantonsrat am 1. Juli 2019 beschlossene Teilrevision des Steuergesetzes wurde auf den 1. Januar 2020 in Kraft gesetzt. Das neue Recht bietet ein wirtschafts- und familienfreundliches Gesamtpaket. Die Gesamtsteuerbelastung wurde für Kapitalgesellschaften nach einer Übergangsphase von 5 Jahren auf 12 bis 12.5% festgelegt und es wurden weitere Instrumente wie die Patentbox und F&E-Abzüge eingeführt. Zur Entlastung von natürlichen Personen wurden ab 2020 die Versicherungsabzüge erhöht, Steuergutschriften für Familien mit Kindern sowie erhöhte Kinder- und Ausbildungszulagen eingeführt. Am 26. Oktober 2020 wurde zudem ein Erlass zur Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung sowie ein Betreuungsabzug für Kleinkinder beschlossen (Ablauf Referendumsfrist: 28. Januar 2021).

Weitere Verbesserung der steuerlichen Attraktivität

- Ergebnis:

Siehe Steuerreform und AHV-Finanzierung (SV17 / STAF). Angepasst wurden sodann für eine zeitgemässe Umsetzung des Verpflegungskostenabzuges die Kriterien betreffend die Dauer des Hin- und Rückweges über Mittag sowie der Aufenthaltsdauer zu Hause. Zudem wurden Teilrevisionen des Steuergesetzes zu bundesrechtlichen Neuerungen durchgeführt.

Stärkung des Controllings

- Ergebnis:

Im Bereich des Controllings sind in der vergangenen Legislaturperiode diverse massgebende Neuerungen eingeführt worden. In einem ersten Schritt wurde das gesamte Berichtswesen mit der Einführung von HRM2 per 1. Januar 2018 komplett neu aufgebaut. Mit dieser Umstellung auf ein neues, modernes Rechnungswesen erfolgte im Sinne einer Transparenzverbesserung u.a. die Einführung einer Geldflussrechnung sowie eines umfassenden Anhangs mit diversen Detailnachweisen (Eigenkapitalnachweis, Beteiligungs- und Gewährleistungsspiegel, Rückstellungsspiegel, Anlagenspiegel usw.). Im Jahr 2018 hat die Regierung zudem erstmals einen Oktoberbrief vorgelegt, in welchem nebst der Budgetaktualisierung für das Folgejahr auch eine Prognose für das Ergebnis des laufenden Jahres gemacht wird. Dieses zusätzliche Instrument hat sich seither zu einem sehr geschätzten Controlling-Bericht entwickelt. In einem weiteren Schritt soll in den kommenden Jahren auch das Controlling nach innen laufend ausgebaut und verbessert werden.

Umfassende Regelung des Finanzkontrollwesens

- Ergebnis:

Die grundsätzlichen Regelungen über die Finanzkontrolle sind in Art. 101 der Kantonsverfassung und in den Art. 37 ff. des alten Finanzhaushaltsgesetzes vom 26. Juni 1989 (FHG, SHR 611.100) enthalten. Dieses Gesetz wurde durch das neue Finanzhaushaltsgesetz vom 20. Februar 2017 abgelöst, welches nur noch von der Rechnungslegung und Haushaltsführung handelt. Die Finanzaufsicht soll separat geregelt werden, wobei einzelne gesetzliche Bestimmungen insbesondere zur Stärkung der Unabhängigkeit und zur Klärung des Auftrages angepasst respektive präzisiert werden sollen. Ein erster Entwurf wurde 2017 erarbeitet. Da allerdings noch ein gewisser Abstimmungsbedarf verwaltungsintern, mit der Stadt Schaffhausen und der GPK ansteht und andere Geschäfte prioritär behandelt werden mussten, wird eine Vorlage nun erst in der kommenden Legislatur dem Kantonsrat unterbreitet werden.

Digitalisierung des Steuerwesens

- Ergebnis:

Die IT wurde in den letzten Jahren planmässig weiterentwickelt, insbesondere im mehrjährigen Projekt «Refactoring NEST». Am 11. Dezember 2018 wurde dem Kantonsrat die Vorlage «Steuerdeklaration natürliche Personen 2020 unterbreitet, bestehend aus den Teilprojekten Scanning und E-Filing unterbreitet. Das Teilprojekt Scanning war jedoch umstritten. Hinzu kam, dass der Bundesrat bekannt gab, das Steuerwesen digitalisieren zu wollen. In der Folge wurde dem Kantonsrat Mitte 2020 deshalb die Abschreibung des ersten Projekts und die Fokussierung auf das E-Filing beantragt, was der Kantonsrat bereits Ende August 2020 guthiess. Das E-Filing ermöglicht es den Steuerpflichtigen, die am PC ausgefüllte Steuererklärung elektronisch einzureichen. Mit einer weitreichenden Marketingstrategie sollen nun möglichst viele Steuerpflichtige dazu bewegt werden, die Steuererklärung elektronisch zu übermitteln.

Regelung der Finanzkompetenzen

- Ergebnis:

Aufgrund personeller Engpässe im Finanzdepartement und der damit einhergehenden Priorisierung konnte die Ausarbeitung einer Vorlage nicht so zügig an die Hand genommen werden wie gewünscht. Die ersten Abklärungen zeigten zudem, dass es nicht sinnvoll sein wird, die Neuregelung auf die Forderungen hinsichtlich des Finanzvermögens zu beschränken. Vielmehr sollen die Finanzkompetenzen von Regierung, Kantonsrat und Volk gesamtheitlich geprüft und in der Verfassung und im ausführenden Finanzhaushaltsrecht stufengerecht abgebildet werden. Für die Verwaltung des Vermögens und der Finanzverbindlichkeiten sollen klarere und genauere Vorgaben erlassen werden. Namentlich bedarf es einer Anlagestrategie für das Finanzvermögen (d.h. für Sachanlagen, Finanzanlagen, Liquidität).

Überprüfung Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung

- Ergebnis:

In einem Grundlagenbericht vom 5. März 2018 (mit Ergänzungen vom 27. Juni 2018) sind die verbliebenen Aufgaben- und Finanzierungsentflechtungen zwischen dem Kanton und den Gemeinden beschrieben worden. In der Folge wurde gestützt auf Prozessanalysen, die Erfahrungen von Fachpersonen des Kantons und der Gemeinden sowie aufgrund finanzieller Erhebungen abgeschätzt und diskutiert, in welchen Bereichen Potential für die Ausarbeitung von Entflechtungsvarianten erkennbar ist und wer und allenfalls wie zu entflechten ist. Der dazu erstellte Zwischenbericht wurde 2020 in die Vernehmlassung gegeben. Nun sind die zuständigen Fachpersonen und Departemente dabei, konkrete Entflechtungsvorschläge ausarbeiten.

Unterstützung der Gemeinden bei der Einführung von HRM2

- Ergebnis:

Sämtliche Schaffhauser Gemeinden haben das Harmonisierte Rechnungslegungsmodell HRM2 per 1. Januar 2020 eingeführt. Im Hinblick darauf wurde in Zusammenarbeit mit den Gemeinden ein Handbuch zum Rechnungswesen der Schaffhauser Gemeinden erarbeitet. Ausserdem wurden verschiedene funktionsspezifische HRM2-Kurse für Funktionäre, Mitglieder von Gemeindebehörden und Gemeindemitarbeitende durchgeführt und Mustervorlagen zur Verfügung gestellt.

4 BILDUNG

PRIMAR- UND SEKUNDARSTUFE I

Stärkung und Sicherstellung der Tragfähigkeit der Regelschule

- Ergebnis:

In vielen Bereichen wurden Massnahmen getroffen, welche die Erreichung der Zielsetzung unterstützen; bspw. die Möglichkeit des Einsatzes von Praktikantinnen und Praktikanten an den Kindergärten, Klassenassistenzen sowie die Herausgabe von diversen unterstützenden Informationen zu Elternarbeit, Umsetzung von integrativen Massnahmen und Weiterbildungen im Unterrichtsbereich. Die Stärkung und Sicherstellung der Tragfähigkeit der Regelschulen ist ein fortwährender Prozess, der auch in Zukunft im Fokus der Bestrebungen sein wird.

Ausarbeitung eines Aus- und Weiterbildungsangebots inkl. finanzieller Unterstützung zur Sicherstellung einer adäquaten Ausbildung der Lehrpersonen

- Ergebnis:

Die veränderten Ansprüche aus dem Lehrplan 21 (Stichwort «Medien und Informatik», «Wirtschaft, Arbeit und Haushalt» usw.) konnten mit einem adäquaten Aus- und Weiterbildungsangebot unterstützt werden. Daneben konnten aber auch individuelle Lösungen für Lehrpersonen mit ungenügendem Ausbildungsstand gefunden und umgesetzt werden. Systemische Lösungen sind entworfen und werden in nächster Zeit umgesetzt werden.

Begleitung der Schulbehörden und Gemeinden bei der Umsetzung von Schulleitungen mit erweiterten Kompetenzen

- Ergebnis:

Diverse Schulen haben unter Beizug der entsprechenden Stellen im Erziehungsdepartement Schulleitungen mit Kompetenzen implementiert oder werden solche demnächst einführen.

Begleitung und Auswertung der Projekte «Tabletklassen» und «Makerspace» im Bereich Schulentwicklung und Digitalisierung

- Ergebnis:

Das Projekt «Tabletklassen» in Hallau wurde intensiv begleitet und bereits evaluiert. Auch das Projekt «Makerspace» wurde begleitet und wird nun aktuell mit dem Projekt «Tabletklassen» in Kombination gebracht.

Vorlage zur Steuerung der Mitfinanzierung der Volksschule durch den Kanton (Ressourcensteuerung) zuhanden des Kantonsrats

- Ergebnis:

Zur Vermeidung einer Überlagerung der Gesetzgebungsprozesse (in den Bereichen Finanzierung) bei den vier grossen Vorlagen «Flächendeckend geleitete Schulen», «Ressourcensteuerung», «Integrative Schulform (ISF)» und «Umsetzung Medien und Informatik» war geplant, die Vorlage zur «Ressourcensteuerung» in die Folgejahre zu verschieben. Der Kantonsrat forderte an seiner Sitzung vom 25. Mai 2020 die Bearbeitung bis Ende 2020. Die Vorlage wurde soweit möglich prioritär behandelt und wird voraussichtlich mit einer coronabedingten Verzögerung im ersten Quartal 2021 an den Kantonsrat überwiesen.

Ausarbeitung eines Vorschlages zuhanden des Kantonsrats zur Reinvestition von freiwerdenden Mitteln in die Qualität der Volksschule unter Einbezug des Erziehungsrats

- Ergebnis:

Dieser Vorschlag kann erst nach der Verabschiedung der Vorlage zur Ressourcensteuerung erstellt werden, da die Grösse der freiwerdenden Mittel erst im Anschluss an die Verabschiedung definiert ist.

Im Weiteren wird von einer Koppelung von Bildungsvorlagen betreffend die Reinvestition der Mittel mit der Vorlage «Ressourcensteuerung» abgeraten. Die Ressourcensteuerung als komplett neues Beitragsmodell soll unabhängig von konkreten Vorlagen zur Mitfinanzierung in spezifischen Schulbereichen lanciert werden. Dies nicht nur aus Gründen der Einhaltung des Prinzips der Einheit der Materie, sondern vielmehr aufgrund der Tatsache, dass eine zeitgleiche parlamentarische Behandlung von zwei Gesetzeswerken, welche sich im Bereich «Finanzierungsmodus» überlagern,

nicht opportun, geschweige denn zielführend ist. Die folgenden bereits geplanten Vorlagen im Volksschulbereich betreffend eine mögliche Mitfinanzierung des Kantons wurden und werden demnach als einzelne eigenständige Vorlagen an den Kantonsrat überwiesen: Bericht und Antrag betreffend die finanzielle Beteiligung des Kantons bei der Umsetzung des Medien- und Informatikkonzepts für die Primar- und Sekundarstufe I (Status: überwiesen an den Kantonsrat), Bericht und Antrag zur Einführung von flächendeckend geleiteten Schulen (Motion 2018/7) und Bericht und Antrag zur flächendeckenden Umsetzung von Integrativen Schulmodellen (Status: beide in Bearbeitung. Überweisung an Kantonsrat nach Abschluss der Vorlage «Ressourcensteuerung» durch das Parlament respektive die Stimmberechtigten).

Vorlage zur Umsetzung der flächendeckenden Integrativen Schulform (ISF)

- Ergebnis:
Infolge Ausschluss einer möglichen Überlagerung der Vorlagen «Flächendeckend geleitete Schulen», «Ressourcensteuerung», «Integrative Schulform (ISF)» und «Umsetzung Medien und Informatik» kann ein entsprechender Bericht und Antrag an den Kantonsrat vorderhand nicht fertig gestellt und überwiesen werden. Wichtige Vorarbeiten wurden bereits abgeschlossen. Die Grundlagen zur Umsetzung der Integrativen Ausrichtung der Regelschulen wurden am 23. September 2020 vom Erziehungsrat des Kantons Schaffhausen verabschiedet.

Einführung Lehrplan 21 Schaffhausen mit der Studentafel gemäss Einführungskonzept

- Ergebnis:
Die Inkraftsetzung konnte per 1. August 2018 vollzogen werden. Die Umsetzung der neuen Studentafel ist geglückt. Die begleitenden Massnahmen dauern noch bis 2025 (Medien und Informatik).

Einführung der neuen Richtlinien und des Weiterbildungskonzeptes für Deutsch als Zweitsprache (DaZ)

- Ergebnis:
Die neuen Richtlinien sind eingeführt, das Weiterbildungskonzept befindet sich in der Umsetzung und eine Vielzahl von Lehrpersonen haben die Weiterbildung bereits abgeschlossen.

Vorlage zur Einführung von flächendeckend geleiteten Schulen zuhanden des Kantonsrats

- Ergebnis:
Vergleiche Vorlage zu Steuerung der Mitfinanzierung der Volksschule durch den Kanton (Ressourcensteuerung) zuhanden des Kantonsrat und Ausarbeitung eines Vorschlages zuhanden des Kantonsrats zur Reinvestition von freiwerdenden Mitteln in die Qualität der Volksschule unter Einbezug des Erziehungsrates.

Vorlage zur Mitfinanzierung von Informatikverantwortlichen und pädagogischen ICT-Beratern an der Volksschule durch den Kanton

- Ergebnis:
Diese Vorlage betreffend die finanzielle Beteiligung des Kantons bei der Umsetzung des Medien- und Informatikkonzeptes für die Primar- und Sekundarstufe I wurde am 30. Juni 2020 vom Regierungsrat an den Kantonsrat überwiesen. Der Kantonsrat hat die Vorlage am 9. November 2020 einstimmig verabschiedet. Die Referendumsfrist endet im Februar 2021.

Überarbeitung der gesetzgeberischen Grundlagen im Bereich privater Unterricht und private Schulen

- Ergebnis:
Die angepassten gesetzlichen Grundlagen wurden erarbeitet und anlässlich der Klausur des Erziehungsrats im August 2020 behandelt. Der Regierungsrat führte im 4. Quartal 2020 eine breite Vernehmlassung durch. Die Auswertung der Ergebnisse läuft. Die Gesetzesvorlage soll dem Kantonsrat bis Juni 2021 vorgelegt werden.

Neugestaltung des kantonalen, elektronischen Bildungsportales www.schule.sh.ch

- Ergebnis:
Das neugestaltete Bildungsportal wurde am 6. August 2020 online geschaltet.

Umsetzung des Projekts «Schule in Bewegung» als nationales Projekt der Bewegungs- und Gesundheitsförderung

- Ergebnis:

Im Rahmen des vom Bund mitfinanzierten Aktionsprogramms (KAP) «Gesundheitsförderung bei Kindern und Jugendlichen» konnte das Projekt «Schule in Bewegung» durchgeführt werden. In der 1. Staffel wird das Projekt auf der Primarschulstufe umgesetzt. Es ist geplant, in weiteren Staffeln die Zielgruppe zu vergrössern und zusätzliche Lehrpersonen für mehr Bewegung ausserhalb des Sportunterrichts zu gewinnen.

Erarbeitung eines kantonalen Rahmenkonzepts für die Begabtenförderung in Sport, Kunst und Musik

- Ergebnis:

Der Projektauftrag wurde durch den Erziehungsrat verabschiedet und das Konzept befindet sich in der Erarbeitung.

Bereitstellung spezifischer Gefässe für die Integration von fremdsprachigen Kindern in der Regelschule

- Ergebnis:

Die Integration von fremdsprachigen Kindern und Jugendlichen ist häufig aufgrund traumatischer Erfahrungen erschwert. Um in diesen Fällen besser zu unterstützen und somit Bildungschancen zu wahren, wurde aus schulpsychologischer Perspektive ein Konzept verabschiedet, wie Schulen und Eltern künftig zielgerichteter beraten werden können.

MITTELSCHUL- UND BERUFSBILDUNG

KANTONSSCHULE

Anpassung des Immersionsmodells für eine zweisprachige Matur Deutsch/Englisch (Ausbildungsprofil S) an sich verändernde Rahmenbedingungen (z.B. sinkende Schülerzahlen). Überprüfung der Möglichkeiten, dieses Modell auch in anderen Ausbildungsprofilen anzubieten

- Ergebnis:

Das Immersionsmodell wurde für das Ausbildungsprofil S so angepasst, dass es auch mit nur einer Klasse durchgeführt werden kann. In den anderen Ausbildungsprofilen wird das Modell nicht eingeführt, da die dafür notwendigen Lehrpersonen zurzeit nicht zur Verfügung stehen.

Weiterentwicklung der schulinternen Absolventenbefragung mit besonderem Fokus auf die Studienwahl in Zusammenarbeit mit der Abteilung Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung und der Dienststelle Mittelschul- und Berufsbildung

- Ergebnis:

Die schulinterne Absolventenbefragung wurde erfolgreich durchgeführt und wird mit kleinen Anpassungen weitergeführt.

Erarbeitung einer Stärken-/Schwächenanalyse und Strukturüberprüfung der Maturitätsschule und eines Zwischenberichts zuhanden des Erziehungsrats

- Ergebnis:

Die Stärken-/Schwächenanalyse und Strukturüberprüfung der Maturitätsschule wurde im Frühling 2020 von der damit beauftragten Arbeitsgruppe ARGAN abgeschlossen. Der entsprechende Schlussbericht wurde dem Erziehungsrat im Juni 2020 übergeben. Der Erziehungsrat erachtete den Bericht nicht als hinreichende Grundlage zur Diskussion von möglichen alternativen Modellen für die Zukunft. Er fällte somit keine strategischen Beschlüsse zur Ausrichtung der Kantonsschule.

Einführung des neuen Konzeptes der Studien- und Laufbahnberatung an der Kantonsschule in Zusammenarbeit mit der Abteilung Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (BIZ)

- Ergebnis:

Ein neues Konzept zur Studien und Laufbahnberatung wurde an der Kantonsschule erfolgreich eingeführt.

Versuchsweise Einführung eines 5-wöchigen Praktikums bei der Ausbildung zur Fachmaturität Pädagogik

- Ergebnis:

In den Jahren 2018, 2019 und 2020 besuchten alle Schülerinnen und Schüler der jeweiligen Fachmaturitätsklassen Pädagogik zu Beginn des Fachmaturitätsjahres ein 5-wöchiges Praktikum an einem Schaffhauser Kindergarten, wo sie als Klassenassistenten eingesetzt wurden. Die Rückmeldungen zu den Praktikumseinsätzen waren durchwegs positiv. Sowohl die Kindergartenlehrpersonen als auch die Praktikantinnen und Praktikanten schätzten diese Möglichkeit. Die Schulleitung hat deshalb entschieden, beim Erziehungsrat die definitive Einführung eines solchen Praxisbezuges zu beantragen und die Rechtsgrundlagen entsprechend anzupassen.

Förderung des Schüleraustausches mit Fachmittelschulen in der Romandie und im Tessin: Einführung einer elektronischen Austauschplattform für Fachmittelschülerinnen und Fachmittelschüler

- Ergebnis:

Die elektronische Plattform «horizont-e.ch» wurde schweizweit an den Fachmittelschulen installiert. Bis jetzt wird sie jedoch noch kaum genutzt, sodass die Möglichkeit, Gastfamilien mit Austauschschülerinnen und Austauschschülern zu vernetzen, zwar besteht, jedoch – mangels Angeboten – bisher kaum funktioniert. Zusammen mit dem Austauschverantwortlichen wird die Schulleitung weiterhin versuchen, das Angebot bei potentiellen Gastfamilien bekannter zu machen.

Integration von jugendlichen Flüchtlingen in die Kantonsschule: Praktische Erfahrungen sammeln mit den Herausforderungen und den individualisierten Lösungsansätzen (analog dem Förderprogramm Sport und Kultur)

- Ergebnis:

Die bisher einzige Schülerin aus Syrien, welche mit diesem Lösungsansatz unterrichtet wurde, besucht mittlerweile die 3. Klasse der FMS. Der vom Sozialamt finanzierte Stützunterricht in den Fächern Deutsch, Französisch und Mathematik konnte per Ende der zweiten Klasse der FMS wie geplant eingestellt werden. Die Erfahrungen zeigen, dass die schulischen Belastungen auch für Jugendliche mit entsprechendem Potential sehr gross sind und es ohne umfangreichen Stützunterricht kaum möglich ist, die Promotionsbestimmungen zu erfüllen.

Behebung des akuten Platzproblems der Mensa durch die Realisierung eines angemessenen Anbaus

- Ergebnis:

Der Mensa-Annexbau konnte realisiert werden und ist in Betrieb.

Planung von Umsetzungskonzepten für die EDK-Teilprojekte «Basale fachliche Kompetenzen» und «Gemeinsames Prüfen» im Rahmen des Projekts «Sicherung des prüfungsfreien Hochschulzugangs mit gymnasialer Maturität»

- Ergebnis:

In Sachen «Basale fachliche Kompetenzen» wird auf die Markteinführung des Internetbasierten St. Galler Lerntools «Lernnavi» gewartet, welches das Erreichen der basalen fachlichen Studienkompetenzen in Deutsch und Mathematik substantiell unterstützen wird. Die Markteinführung von «Lernnavi» wurde auf Frühling 2021 in Aussicht gestellt. Das dem Erziehungsrat 2018 vorgestellte Pilotmodell «Gemeinsam Prüfen» wird im dritten Durchgang erfolgreich durchgeführt. Ein ausführlicher Bericht und Antrag an den Erziehungsrat zur Festlegung der kantonalen Rahmenbedingungen ist auf Sommer 2021 geplant.

Projektstart zur Einführung des neuen Rahmenlehrplans für die Fachmittelschule (FMS)

- Ergebnis:

Die Arbeiten sind schulintern abgeschlossen und wurden im vierten Quartal 2020 im Erziehungsrat behandelt.

Abschluss der Migration der Informatikinfrastruktur auf Office 365 und Neugestaltung des Webauftrittes

- Ergebnis:

Die Migration der Informatikinfrastruktur auf Office 365 und die Neugestaltung des Webauftrittes wurden abgeschlossen.

Evaluation eines möglichen Schaffhauser Untergymnasiums

- Ergebnis:

Entsprechende Vorschläge sind dem Erziehungsrat unterbreitet worden. Dieser hat die Weiterentwicklung der Planung zur Einführung eines Untergymnasiums zugunsten eines Pilotprojektes zur Begabten- und Begabungsförderung an der Sekundarstufe I sistiert.

BERUFSBILDUNGSZENTRUM BBZ

Weiterführung der Anerkennungsverfahren der Berufsmaturitäts-Studiengänge im lehrbegleitenden Modell und Vollzeitmodell für gelernte Berufsleute Technik, Architektur und Life Science

- Ergebnis:

Das Anerkennungsverfahren ist bei der Eidgenössischen Berufsmaturitätskommission eingereicht und pendent.

...und des Studienganges in der Höheren Fachschule Technik HFS für Systemtechnik/Automation HF

- Ergebnis:

Der Lehrgang ist eingeführt und eidgenössisch anerkannt.

Umsetzung der strategischen Raum- und Standortplanung hinsichtlich der nötigen Anzahl von Aussenstellen im Hinblick auf die kommenden, geburtenschwachen Jahrgänge

- Ergebnis:

Die Raum- und Standortplanung muss in der nächsten Legislaturperiode fortgesetzt werden. Die Strategie des BBZ Schaffhausen ist zu überprüfen unter den Aspekten des Fachkräftemangels und der kommenden geburtenstarken Jahrgänge in der Berufsbildung.

Festlegung neuer Rahmenbedingungen für Integrationsklassen für Migrantinnen und Migranten in Zusammenarbeit mit dem Departement des Innern

- Ergebnis:

Bereits 2016 wurde im Rahmen eines Vorpilotprojekts interinstitutionell ein Konzept für ein Integrationsvorlehjahr entwickelt und ab 2017 eingeführt. Seit 2018 wird es durch finanzielle Beiträge des Bundes im Rahmen des nationalen Projekts «Integrationsvorlehre» unterstützt. In den vergangenen Jahren wurden jeweils zwei Klassen geführt. Das Setting wird in den kommenden Jahren evaluiert und soweit notwendig angepasst.

Ausbau Berufsbildung Pflegeberufe auf Stufe HF (Höhere Berufsbildung): Schaffung eines neuen, zweijährigen Ausbildungsangebots für gelernte Fachleute Gesundheit EFZ; Erneuerung der Vereinbarung «Ausbildungsverbund Pflege Schaffhausen» zwischen den Organisationen der Arbeitswelt Gesundheit, den Spitälern Schaffhausen und dem Kanton Schaffhausen

- Ergebnis:

Aufgrund eines im September 2016 im Kantonsrat eingegebenen Postulates «Massnahmen gegen den drohenden Personalnotstand in der Pflege» starteten das Gesundheitsamt und das Erziehungsdepartement im März 2017 ein Projekt «Ausbau Berufsbildung im Pflegebereich». Im Rahmen dieser Projektbearbeitung wurde an der Höheren Fachschule Pflege ein neuer, verkürzter Pflegelehrgang HF für gelernte Fachleute Gesundheit EFZ konzipiert und im Februar 2019 erstmals gestartet. Der Lehrgang hat sich mittlerweile etabliert. Zudem wurde die aus dem Jahr 2011 stammende «Vereinbarung Ausbildungsverbund Pflege Schaffhausen» inhaltlich und organisatorisch überarbeitet und von den Vereinbarungspartnern im Januar 2018 verabschiedet.

Weiterführung der Anerkennungsverfahren für die Berufsmaturitäts-Studiengänge im lehrbegleitenden Modell und Vollzeitmodell für gelernte Berufsleute Technik, Architektur und Life Science und des Studienganges in der Höheren Fachschule Technik HFS für Systemtechniker/Automation HF Regelschule

- Ergebnis:

Die vollzeitlichen Studiengänge BM2 TALS und BM2 GESO sind vom Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI seit Herbst 2019 ohne Auflagen eidgenössisch anerkannt. Die Anerkennung des lehrbegleitenden Studiengangs BM1 TALS steht seitens der Anerkennungsbehörden weiterhin noch aus.

Der Studiengang Systemtechnik/Automation der Höheren Fachschule Technik wurde 2019 vom SBFI ebenfalls vorbehaltlos eidgenössisch anerkannt.

Überprüfung von Klassenunterbeständen in Zusammenarbeit mit der Dienststelle Mittelschul- und Berufsbildung und Einleiten von allfällig notwendigen Massnahmen

- Ergebnis:

Die Überprüfung von Klassenbeständen ist eine laufende Aufgabe zwischen der Berufsschule und der Dienststelle Mittelschul- und Berufsbildung. Diverse Berufe weisen aufgrund des Strukturwandels und der Demografie tiefe Lernendenzahlen pro Jahrgang auf. In einzelnen Fällen konnte durch sinnvolle Unterrichtszusammenlegungen in gemeinsamen Fächern eine erste Optimierung erreicht werden.

Ab Schuljahr 2019/2020 jährliche Durchführung des Lehrgangs Fachfrau/Fachmann Gesundheit EFZ (Nachholbildung für Erwachsene)

- Ergebnis:

Nachdem in den Jahren vor 2019 der Lehrgang Fachfrau/Fachmann Gesundheit EFZ für Erwachsene (Nachholbildung nach Art. 32 BBV) nur zweijährlich angeboten wurde, wird dieser seit dem Schuljahr 2019/2020 jährlich angeboten. Die Angebotserweiterung steht in direktem Zusammenhang mit den vom Regierungsrat beschlossenen Massnahmen im Rahmen der verabschiedeten Demografiestrategie.

Förderung der zweijährigen Grundbildungen auf Stufe Eidgenössisches Berufsattest EBA in Zusammenarbeit mit Kommission Schnittstelle Schule-Berufsausbildung (KOSCH)

- Ergebnis:

In Zusammenarbeit mit diversen Berufsverbänden wurde geprüft, ob eine Verschiebung der ausserkantonalen Schulorte für diverse EBA-Berufe ans BBZ Schaffhausen lohnenswert wäre. Als Resultat dieser Bemühungen werden verschiedene Berufe (Küchenangestellte, Logistikassistent, Automobilassistent, Unterhaltspraktiker, Restaurantangestellte, Assistentin Gesundheit und Soziales) neu wieder am BBZ und nicht weiter ausserkantonale unterrichtet. Im Jahr 2019 fand zudem ein KOSCH-Forum unter dem Titel «Stolpersteine auf dem Weg in die Berufslehre» statt, bei welchem die EBA-Ausbildungen in mehreren Workshops im Zentrum standen, um deren Bekanntheit und Akzeptanz in den Lehrbetrieben und bei den Lehrpersonen der Orientierungsstufe zu erhöhen.

Neuausrichtung der Aufsichtskommissionen der Berufsfachschule und der Höheren Fachschulen

- Ergebnis:

Die Neuausrichtung benötigt eine Revision der Verordnung zum Einführungsgesetz zum Berufsbildungsgesetz. Die Arbeiten wurden unter Einbezug aller Beteiligten abgeschlossen. Die Umsetzung erfolgt ab 2021.

Vollzug der Änderungen der teilrevidierten Verordnung zum Einführungsgesetz zum Berufsbildungsgesetz

- Ergebnis:

2019 erfolgte eine erste Teilrevision der Verordnung zum Einführungsgesetz zum Berufsbildungsgesetz. Dabei wurde die Verordnung mit Regelungen der Zuständigkeiten und Kompetenzen im Bereich «Nachteilsausgleich in der Berufsbildung» ergänzt. Ebenso erfolgte eine Neuregelung im Bereich Schulordnungen und Schulorganisationsreglemente sowie der Disziplinarmaßnahmen an Berufsfachschulen. Daneben wurden die Aufgaben sowie der Zuständigkeiten und Kompetenzen der verschiedenen Gremien und Institutionen im Bereich der Berufsbildung präzisiert. Ende 2020 erfolgte eine zweite Teilrevision, welche insbesondere die Zusammensetzung und die Aufgaben der kantonalen Aufsichtskommissionen beinhaltete. Dabei wurde auch das Case Management Berufsbildung in der Verordnung verankert. Der Vollzug dieser Anpassungen erfolgt laufend und liegt in der Zuständigkeit der jeweiligen Behörde bzw. Institution.

MITTELSCHUL- UND BERUFSBILDUNG

Revision der kantonalen Stipendiengesetzgebung, Evaluation von elektronischen Stipendienverwaltungssoftwarelösungen.

- Ergebnis:

Im März 2018 stimmte der Kantonsrat dem totalrevidierten Stipendiendekret zu. In der Folge erfolgte auch eine Totalrevision der kantonalen Stipendienverordnung. Zudem wurden diverse Begleitmassnahmen zur Steigerung der Kundenfreundlichkeit getroffen. Resultat: deutliche Zunahme der Gesuche für Ausbildungsbeiträge, jedoch bei praktisch unverändertem Durchschnittsstipendium. Per August 2020 erfolgte eine erneute Teilrevision der Stipendienverordnung, wobei gewisse Berechnungsparameter angepasst wurden, um die Durchschnittsstipendien gemäss Zielsetzung des Regierungsrats anzuheben. Im Verlauf der Legislaturperiode wurden die zwei gängigen Stipendien-Verwaltungslösungen «Kompass» und «Zoom» eingehend geprüft. Die Wahl fiel aufgrund der günstigeren Kosten und der vorhandenen User-Kenntnisse auf «Kompass». Die Einführung der Verwaltungslösung erfolgte per Schuljahr 2019/2020. Für den Bereich Stipendien erfolgte die Umstellung auf elektronische Verwaltung komplett. Im Bereich der Darlehen sind noch Arbeiten zu vollziehen.

Planung und Konzeptionierung einer Integrationsvorlehre in Zusammenarbeit mit dem BBZ, der Fachstelle Integres und dem Sozialamt (Pilotprojekt Bund)

- Ergebnis:

Das Programm in interinstitutioneller Zusammenarbeit mit dem BBZ, der Abteilung Berufsbildung, der Berufsberatung, dem kantonalen Sozialamt und der Integrationsfachstelle Integres wurde per Schuljahr 2017/2018 erfolgreich lanciert. Die Planung der zweiten Bundesprojektphase (ab Schuljahr 2021/2022) läuft.

Intensivierung und Ausbau der Beratungstätigkeit der Abteilung Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung im Integrationsbereich. Regelschule

- Ergebnis:

Mit der Einführung der Integrationsvorlehre und der engeren Zusammenarbeit mit dem Schweizer Arbeiterhilfswerk (SAH) hat die Beratungstätigkeit im Integrationsbereich zugenommen. Im Fokus der Beratungen steht die berufliche Qualifikation und die Integration in den Arbeitsmarkt. Im Berufsinformationszentrum BIZ finden, ähnlich wie für die Orientierungsstufe, Informationsanlässe für junge Migrantinnen und Migranten statt. Diese Informationsanlässe dienen dazu, Migrantinnen und Migranten mit wenig Deutschkenntnissen die Voraussetzungen und die Möglichkeiten einer beruflichen Grundbildung aufzuzeigen.

Neukonzeptionierung und Erarbeitung einer neuen Finanzierungslösung für das Case Management Berufsbildung im Rahmen der interinstitutionellen Zusammenarbeit

- Ergebnis:

Das Case Management Berufsbildung ist seit November 2017 unter neuer Leitung und angepasstem Konzept wieder operativ tätig. Ein befristeter Personalausbau konnte seit April 2020 aufgrund der hohen Fallzahlen realisiert werden. Die Finanzierung erfolgt über das Budget der Dienststelle Mittelschul- und Berufsbildung mit einem Beitrag des kantonalen Sozialfonds an die Gesamtkosten.

Einführung eines kantonalen Konzeptes betreffend den Nachteilsausgleich für Lernende mit Behinderungen in der Berufsbildung

- Ergebnis:

Das Konzept Nachteilsausgleich in der Berufsbildung wurde 2017 erarbeitet und wird umgesetzt. Für Nachteilsausgleichsmassnahmen sind zwingend ein fachliches Attest (Diagnose der Behinderung) nötig. Nachteilsausgleichsmassnahmen sind sowohl für die berufliche Grundbildung (Lehre und Qualifikationsverfahren), wie auch für die Berufsmaturität (Aufnahme, Ausbildung, Qualifikationsverfahren) möglich. Der Prozess läuft zentral über die Abteilung Berufsbildung.

Aufbau eines elektronischen Lehrbetriebsportals (eGov-Projekt)

- Ergebnis:

Das Berufsbildungsportal Version 1.0 als interkantonales Projekt mehrerer Deutschschweizer Kantone ist online und produktiv. Aktuell sind rund 30 % der Schaffhauser Lehrbetriebe für die Nutzung des Portals registriert. Zu den wichtigsten bereits zur Verfügung stehenden Online-Services gehören das Erfassen und Einreichen von Lehrverträgen, die Bewirtschaftung freier Lehrstellen, die Beantragung von zusätzlichen Ausbildungsbewilligungen, die Mutation von Adress- und Kontaktdaten sowie der Austausch von Dokumenten.

Projekt «Förderung des Erwerbs und Erhalts von Grundkompetenzen Erwachsener»: Erstellen einer Angebots- und Teilnehmeranalyse; Identifikation von Angebotslücken und Planung von Massnahmen zur Sensibilisierung der Zielgruppe und zur Schliessung der Angebotslücken

- Ergebnis:

Es wurde eine Übersicht über bestehende Bildungsmassnahmen im Grundkompetenzenbereich erarbeitet mit dem Ziel, Angebotslücken zu identifizieren und in Zusammenarbeit mit Bildungspartnern die Angebote zu ergänzen. Diverse Sensibilisierungsmassnahmen in Zusammenarbeit mit der nationalen Kampagne «Einfach Besser!» wurden durchgeführt. Mit externen Bildungspartnern wurden erste Zusammenarbeitsgespräche geführt. Ebenso fanden vereinzelt Beratungen von Personen mit Förderbedarf im BIZ statt. Erkenntnis aus der ersten Phase des Projektes: Die bisherigen Bemühungen haben zur Zielerreichung noch nicht ausgereicht (Sensibilisierung und Beratung der Zielgruppe, Aufbau und Koordination neuer Kursangebote im Bereich Grundkompetenzen). Eine Weiterführung des Bundesprojektes bietet die Chance, die Förderung der Grundkompetenzen im Kanton Schaffhausen bekannter zu machen und entsprechende Angebote zu schaffen.

Einführung des elektronischen Lehrbetriebsportals (LB-Services) zur digitalen Abwicklung von Prozessen in der Berufsbildung zwischen Verwaltung und Lehrbetrieben

- Ergebnis:

Das Berufsbildungsportal Version 1.0 als interkantonales Projekt mehrerer Deutschschweizer Kantone ist online und produktiv. Aktuell sind rund 30% der Schaffhauser Lehrbetriebe für die Nutzung des Portals registriert. Zu den wichtigsten bereits zur Verfügung stehenden Online-Services gehören das Erfassen und Einreichen von Lehrverträgen, die Bewirtschaftung freier Lehrstellen, die Beantragung von zusätzlichen Ausbildungsbewilligungen, die Mutation von Adress- und Kontaktdaten, sowie der Austausch von Dokumenten.

Evaluation der FiB-Strukturen (Fachkundige Individuelle Begleitung für EBA-Lernende) im Kanton Schaffhausen und Eruiierung von Verbesserungspotential

- Ergebnis:

Das Thema FiB wurde noch nicht bearbeitet und erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt. Die Ergebnisse des interinstitutionellen Projektes «Berufliches Übergangssystem» haben einen starken Einfluss auf die FiB-Strukturen. Aus diesem Grund werden die Resultate dieses Projektes abgewartet.

Entwicklung und Einführung neuer Angebote am Berufsinformationszentrum BIZ mit Fokus auf den Erwachsenenbereich

- Ergebnis:

Zusammen mit der Abteilung Berufsbildung wurde ein neuer Flyer erstellt, der eine Übersicht über die Qualifizierungsmöglichkeiten im Nachholbildungsbereich zeigt (Wege zur Erreichung eines Abschlusses in der beruflichen Grundbildung für Erwachsene). Er wird in der Laufbahnberatung eingesetzt, um Personen ohne nachobligatorischen Bildungsabschluss auf die Möglichkeiten der Nachholbildung aufmerksam zu machen.

Erarbeitung einer neuen Leistungsvereinbarung mit der Handelsschule KV Schaffhausen und der Kreiskommission betreffend die Organisation und die Durchführung der Qualifikationsverfahren in den kaufmännischen Berufen und den Detailhandelsberufen

- Ergebnis:

Dieses Ziel wurde durch die im September 2019 erfolgte Zusammenlegung der beiden bisherigen Prüfungskommissionen (gewerblich-industrielle Prüfungskommission und Kreiskommission) zu einer einzigen kantonalen Prüfungskommission obsolet. Nachdem die Organisation der betrieblichen Prüfungen der Kreiskommission ab Prüfungsjahr 2020 an den Kanton überging, wurden die beiden bisherigen Kommissionen per Ende August 2019 aufgelöst. Die neue kantonale Prüfungskommission ist zusammengesetzt mit Vertretern aus gewerblichen, industriellen, sozialen und kaufmännischen Bereichen, um Know-How und Meinungsbildung möglichst breit abzustützen.

Erarbeitung und Inkraftsetzung einer totalrevidierten Verordnung über die Schul- bzw. Studiengelder und die Gebühren im Berufsbildungswesen

- Ergebnis:

Die neue Verordnung wurde in Zusammenarbeit mit den betroffenen Institutionen der Berufsbildung und deren Aufsichtsorganen erarbeitet und per 1. August 2019 in Kraft gesetzt.

Erstellung einer Machbarkeitsstudie und einer Orientierungsvorlage zuhanden des Kantonsrats betreffend die Zusammenführung der Handelsschule KV Schaffhausen und des Berufsbildungszentrums BBZ Schaffhausen

- Ergebnis:

Der Prozess wurde aufgrund verschiedener erschwerender Umstände (Findung externer Mandatsnehmer, Rektorenwechsel an beiden Berufsschulen, Corona) verzögert gestartet. Die Potentialanalyse befindet sich in Erarbeitung und wird gemäss Zeitplan Mitte 2021 abgeschlossen. Im Anschluss daran erfolgt die Erarbeitung der Orientierungsvorlage zu Handen des Kantonsrats.

Entwicklung einer Umsetzungsplanung für eine Fach- und Koordinationsstelle «Berufliches Übergangssystem»

- Ergebnis:

Das Projekt wurde Ende 2019 gestartet und ist am Laufen. Die formulierten Ziele sind anspruchsvoll und die Komplexität aufgrund der vielen involvierten Akteure gross. In einem ersten Teilprojekt wird aktuell an der Optimierung der Nahtstelle I (Übertritt Volksschule – Berufsbildung) gearbeitet, wobei das primäre Ziel die Früherkennung von potentiell gefährdeten Übertritten und das Einleiten von bedarfsgerechten Begleit- und Unterstützungsmassnahmen ist. Erste Erkenntnisse zeigen, dass das Gesamtprojekt zeitlich zu optimistisch geplant ist. Die gesteckten Ziele werden nach Ablauf der eingegebenen Projektdauer (bis Ende 2021) nicht vollumfänglich erreicht werden können.

Erarbeiten der Grundlagen für eine Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Berufsbildungsgesetz (EGzBBG) und der entsprechenden Teilrevision der zugehörigen Verordnung

- Ergebnis:

Die Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Berufsbildungsgesetz wurde aufgrund nicht vorhandener Ressourcen und anderer Prioritäten noch nicht angegangen. Stattgefunden haben im Verlauf der Legislaturperiode 2017–2020 zwei umfangreiche Teilrevisionen der Verordnung zum Einführungsgesetz zum Berufsbildungsgesetz. Dabei wurden wesentliche Bereiche neu geregelt, u.a. die Themen Nachteilsausgleich in der Berufsbildung, Schulordnungen und Schulorganisationsreglemente, Disziplinarmassnahmen, Rechtspflege im Bereich Qualifikationsverfahren, Aufgaben und Zusammensetzung der Aufsichtskommissionen, Präzisierungen der Zuständigkeiten und Aufgaben diverser Räte und Kommissionen sowie der Berufsfachschulen, des Erziehungsdepartements und der zuständigen Dienststelle mit ihrer Abteilung Berufsbildung.

Evaluation der Kundenzufriedenheit in den Bereichen Stipendienwesen sowie Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung

- Ergebnis:

Seit der Einführung der elektronischen Verwaltungslösung für die Ausbildungsbeiträge (Stipendienmodul «Kompass») werden alle Antragstellenden nach erfolgter Verfügung automatisiert und standardisiert zur Zufriedenheit mit den Dienstleistungen der Fachstelle befragt. Grossmehrheitlich kann festgestellt werden, dass die Dienstleistungen der Fachstelle als gut bis sehr gut bewertet werden. Die Ergebnisse im Bereich Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung liegen noch nicht vor. Die Evaluation der Kundenzufriedenheit für verschiedene Kundengruppen wurde konzeptionell erarbeitet. Diese Evaluation erfolgt 2021.

PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULE UND HOCHSCHULBILDUNG ALLGEMEIN

Struktureller Aufbau des Dienstleistungsangebotes der Pädagogischen Hochschule

- Ergebnis:

Die folgenden Dienstleistungsangebote wurden in den Jahren 2018–2020 ausgebaut:

- a) Aufbau von Beratungsangeboten (Theaterpädagogik, Musiktheater, Klänge und Musik, Einzelberatung für Lehrpersonen, Beratung im Kontext von Bildung und Migration).
- b) Aufbau der Fachstelle Medienbildung und Informatik.
- c) MIA-Scouts sind Studierende, die Lehrpersonen bei der Umsetzung des Modullehrplanes Medien und Informatik beim Programmieren mit Schülerinnen und Schülern unterstützen.
- d) Ausbau der SCHILW-Angebote.

Die Beratungsangebote werden von den Lehrpersonen in Anspruch genommen, meist im Rahmen der vier Stunden, die unentgeltlich für die Lehrpersonen sind. Am meisten Nachfrage gab es im Bereich Theaterpädagogik.

Die Fachstelle Medienbildung und Informatik hat am 1. Oktober 2019 ihre Arbeit aufgenommen. Seither konnten im Rahmen von SCHILW-Kursen Lehrpersonen im Bereich Medienbildung und Informatik weitergebildet werden. Eine Zusatzqualifikation LPICTS (lokaler pädagogischer ICT-Support) wird erfolgreich in zwei parallelen Kursen durchgeführt. Zwei weitere Kurse sind für 2021 geplant.

MIA-Scouts waren in verschiedenen Schulen im Einsatz und haben die Lehrpersonen beim Programmieren im Unterricht unterstützt. Die entsprechenden SCHILW-Angebote sind ausgeschrieben.

Überprüfung und Erneuerung des Kooperationsvertrages mit der Pädagogischen Hochschule Zürich

- Ergebnis:

Die Rektoren der beiden Hochschulen haben ihren Hochschulleitungen einen Entwurf zur Erneuerung der Kooperationsvereinbarung unterbreitet. Der Entwurf wurde der Aufsichtskommission der PHSCH vorgelegt. Der neue Hochschulrat der PHSCH hat den Vertrag am 12. August 2020 verabschiedet.

Überführung des Personals der PHSCH in die Personalkategorien einer Hochschule

- Ergebnis:

Die Überführung des Personals der PHSCH in die Personalkategorien einer Hochschule ist erfolgt. Das Personal der PHSCH ist hochschulkonform aufgestellt. Die Hochschulleitung verfügt dadurch über differenziertere Anstellungsmodalitäten, dem wissenschaftlichen Personal eröffnen sich akademische Karrieremöglichkeiten.

Auf- und Ausbau der Abteilung Forschung und Entwicklung

- Ergebnis:

Mit dem vorliegenden Konzept und der entsprechenden Strategie verfügt die PHSCH über einen zukunftsweisenden Rahmen für die Entwicklung der Abteilung Forschung und Entwicklung. Zwei drittmittelfinanzierte Projekte (Bundesamt für Kultur und swissuniversities) werden aktuell durchgeführt, mit der Eingabe von zwei grossen Drittmittelgesuchen ist die Umsetzung der Strategie in die Wege geleitet.

Vorantreiben Projekt MIA – Medien, Informatik, Anwendung – und Bereitstellen von Modulen für die Weiterbildung von Lehrpersonen

- Ergebnis:

Die MIA-Grundlagenmodule (Medien, Informatik, Anwendung) wurden im Jahr 2019, die Wahlmodule im 2019 und 2020 mehrfach erfolgreich durchgeführt. Mehr als die Hälfte der Lehrpersonen im Kanton Schaffhausen hat bereits MIA-Grundlagenmodule und MIA-Wahlmodule absolviert. Die Rückmeldungen der Kursteilnehmerinnen und Kursteilnehmer sind durchwegs positiv. Aufgrund der COVID-Schutzmassnahmen mussten die MIA-Module im Frühjahr 2020 verschoben werden und konnten auch im Oktober und November nicht wie geplant durchgeführt werden. Im Januar 2021 ist eine virtuelle Umsetzung geplant. Auf der Website <https://mi-sh.ch/wb/> sind alle Unterlagen für die Lehrpersonen aus dem Kanton aufgeschaltet.

Konzeption Stufenerweiterungsstudiengang Kindergarten- und Unterstufe (KGU)

- Ergebnis:

Der Studiengang wird seit dem Herbstsemester 2016 angeboten. Mit dem Studiengang Kindergarten- und Unterstufe (KGU) deckt die PSHS das Bedürfnis und den schweizerischen Trend für eine Ausbildung zur Lehrperson für den Zyklus 1 ab. Durchschnittlich ein Fünftel der Studierenden der PSHS belegen diesen Studiengang.

Vorlage für ein kantonales Hochschulgesetz

- Ergebnis:

Das neue Hochschulgesetz für den Kanton Schaffhausen ist seit dem 1. August 2020 in Kraft. Die PSHS ist überführt in eine selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt.

Weiterentwicklung des Qualitätsmanagements; Erstellen erster Kapitel des Selbstbeurteilungsberichts; Durchführung von Peer-Hospitationen auf Ebene Dozierende und Peer-Reviews auf Ebene Hochschulleitung

- Ergebnis:

Die Projektplanung zur Erstellung des Selbstbeurteilungsberichtes wurde von der erweiterten Hochschulleitung verabschiedet. Peer-Hospitationen haben im Rahmen des Schwerpunktes «im Spiegel der andern» stattgefunden. Die Peer-Reviews werden zu Beginn des Frühlingsemesters 2021 abgeschlossen sein.

Professionalisierung des Zyklus 1 (gemäss Lehrplan 21) durch Kooperationsprojekte mit der Berufspraxis

- Ergebnis:

Mit der Buchpublikation - Kübler M., Buhl G., Rüdüsüli C. (Hrsg.) (2020). Spielen und Lernen verbinden – mit spielbasierten Lernumgebungen. Bern: hep-Verlag AG – wird Theorie, Empirie und Praxis auf dem aktuellen Stand dargestellt. Umsetzungen in Zusammenarbeit mit Lehrpersonen werden weiterverfolgt.

Konsolidierung des Studienangebots Stufen- und Facherweiterungen

- Ergebnis:

Vier Kindergartenlehrpersonen haben seit dem Herbst 2018 ein Erweiterungsstudium für die Schuljahre 1 bis 6 absolviert bzw. in Angriff genommen. Die Stufenerweiterung dauert in der Regel zwei Jahre und wird im Rahmen der Bachelorstudiengänge absolviert. Neben dem Studium haben die Studierenden die Möglichkeit, einer Arbeitstätigkeit von ca. 50% nachzugehen.

Das Erweiterungsstudium für zusätzliche Unterrichtsfächer für Lehrpersonen der Primarstufe hat sich an der PSHS etabliert. 2017 bis 2020 absolvierten bzw. absolvieren ca. 75 Lehrpersonen im Rahmen von fünf Studienangeboten in der unterrichtsfreien Zeit eine Facherweiterung in bildnerischem Gestalten, textilem Gestalten, Musik oder Bewegung und Sport. Weitere Lehrpersonen absolvierten die Facherweiterung im Rahmen der Bachelorstudiengänge.

Überführung der Pädagogischen Hochschule in eine selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt

- Ergebnis:

Das neue Hochschulgesetz für den Kanton Schaffhausen ist seit 1. August 2020 in Kraft. Die PSHS ist überführt in eine selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt.

Vervollständigung der begleitenden Rechtsgrundlagen im Rahmen des Hochschulgesetzes Schaffhausen

- Ergebnis:

Im Zusammenhang mit der Inkraftsetzung des neuen Hochschulgesetzes am 1. August 2020 wurden sämtliche für die PSHS relevanten Rechtsgrundlagen überarbeitet und von den entsprechenden Gremien in Kraft gesetzt.

Überprüfung des Qualitätsmanagementsystems unter Einbezug der Mitarbeitenden und Stakeholder der PSHS

- Ergebnis:

Die Überprüfung hat auf mehreren Ebenen stattgefunden. Ein externes Expertinnenteam hat das Qualitätsmanagementsystem hinsichtlich der Standards der Akkreditierung analysiert. Die Hochschulleitung hat Massnahmen abgeleitet und umgesetzt.

Weiterentwicklung der Hochschuldidaktik in den Lehrveranstaltungen der Aus- und Weiterbildung

- Ergebnis:

Überprüfung der Qualität der Lehre durch Evaluationen: Differenzierte Evaluation durch die Dozierenden, Semesterevaluation der Module durch die Hochschulleitung. Die PSHH hat im Rahmen der Qualitätsentwicklung im Bereich Hochschuldidaktik eine interne Weiterbildung mit Prof. Dr. Andreas Helmke durchgeführt.

Bildungszentrum Geissberg

- Ergebnis:

Das Projekt wurde vom Kantonsrat abgelehnt und nicht mehr weiterverfolgt.

Begleitung der Vorlage Umzug der Pädagogischen Hochschule PSHH in den Westflügel der Kammgarn (inklusive Abtretung Areal Pflegezentrum) im politischen Prozess

- Ergebnis:

Die Stimmberechtigten der Stadt Schaffhausen haben der Vorlage «Entwicklung Kammgarnareal» am 30. August 2020 mit 7'974 Ja-Stimmen zu 5'731 Nein-Stimmen zugestimmt. Ebenfalls befürworteten die Stimmberechtigten des Kantons den Kreditbeschluss Umzug PSHH in das Kammgarnareal mit 50.3% Ja zu 49.7% Nein.

5 GESUNDHEIT

Spitalversorgung

- Ergebnis:

Ein Versorgungsbericht 2019–2030 für die stationäre Akutversorgung, Rehabilitation und Psychiatrie wurde erstellt. Dieser bildet die Basis für die Ausschreibung der Leistungsaufträge und Erstellung der Spitallisten 2023. Die Corona-Pandemie hat seit Frühjahr 2020 die Spitäler wie das gesamte Gesundheitswesen vor grosse Herausforderungen gestellt und zu Verzögerungen bei der Spitalplanung geführt.

Altersbetreuung und Pflege

- Ergebnis:

Die statistischen Grundlagen für die Pflegeheimplanung 2018–2040 wurden durch das Gesundheitsobservatorium OBSAN erstellt. Sie bilden die Grundlage für die Anpassung der Heimliste.

Nachwuchssicherung in den Pflegeberufen

- Ergebnis:

Die Vereinbarung zum Ausbildungsverbund Pflege wurde umgesetzt. Die getroffenen Massnahmen (Ausbildungsverpflichtung, Finanzielle Unterstützung für Quereinsteigende) haben zu einer Zunahme der Ausbildungszahlen geführt.

Heilmittelkontrolle

- Ergebnis:

Die Heilmittelkontrolle wird durch die Kantonsapothekerin gewährleistet, die zugleich für die Kantone Thurgau und Schaffhausen tätig ist. Die Aufsichtstätigkeit konnte durch eine Optimierung der Bewilligungsverfahren effizienter gestaltet werden.

Lebensmittelrecht

- Ergebnis:

Ein Vorschlag für ein totalrevidiertes kantonales Lebensmittelgesetz wurde erarbeitet. Es befindet sich derzeit in Vernehmlassung.

Gesundheitsversorgung allgemein

- Ergebnis:

Mit der Erarbeitung und Umsetzung des Palliative Care Konzepts konnte eine wichtige Lücke in der Gesundheitsversorgung geschlossen werden. Die daraus entstandenen Netzwerke können auch für die Umsetzung des Demenzkonzepts sowie für die allgemeine integrierte Gesundheitsversorgung genutzt werden.

Psychiatriezentrum Breitenau

- Ergebnis:

Es wurde aufgrund steigender Fallzahlen in der stationären Versorgung eine Strategie für die psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung erarbeitet mit Schwerpunkt auf der Weiterentwicklung ambulanter und tagesklinischer Angebote.

Kantonsspital Neubau

- Ergebnis:

Die bauliche Erneuerung des Kantonsspitals verläuft planmässig. Das Vorprojekt wurde ausgearbeitet und die Baueingabe wurde eingereicht.

Spitäler

- Ergebnis:

Die Spitäler Schaffhausen haben finanziell solide Ergebnisse erzielt und konnten ihre Reserven so ausbauen, dass die Finanzierung der baulichen Erneuerung weitgehend sichergestellt ist. Die Fallzahlen sind im stationären Bereich weiter gestiegen, während die Privatklinik Belair eine sinkende Tendenz zu verzeichnen hat. Der Anteil der ausserkantonalen Hospitalisationen ist grösser geworden und lag 2018 bei 29% der Fälle.

6 SOZIALE SICHERHEIT

Ergänzungsleistungen

- Ergebnis:

Das revidierte Bundesgesetz über die Ergänzungsleistungen (EL-Reform) tritt am 1. Januar 2021 in Kraft. Das kantonale Gesetz musste nicht angepasst werden, da dieses auf die bundesrechtlichen Regelungen verweist und Bestimmungen über die Krankheitskosten sowie die Organisation keine regelungsrelevanten Änderungen erfuhren.

Behindertenhilfe im Erwachsenenbereich

- Ergebnis:

Das kantonale Leistungsangebot wurde weiterentwickelt und diversifiziert gemäss Leitbild «Leben mit Behinderung» sowie der UN-Behindertenrechtskonvention und der Angebotsplanung der SODK Ost+ZH.

Die kantonalen Pilotprojekte im Wohn- und Arbeitsangebot für Menschen mit Behinderung wurden implementiert. Das Pilotprojekt zur Förderung der Integration von Menschen mit Behinderung im ersten Arbeitsmarkt durch individuellen Support vor Ort wurde definitiv implementiert.

Asyl- und Flüchtlingsbereich

- Ergebnis:

Die Integrationsagenda Schweiz wurde ab Mai 2019 umgesetzt, damit einhergehend die Kantonalisierung der Asyl- und Flüchtlingsbetreuung während der Dauer der Erstintegration. Eine Koordinationsstelle für Freiwilligenarbeit konnte aufgebaut werden.

Ein Leitfaden zum Vorgehen bei Verdacht auf eine Radikalisierung im Asyl- und Flüchtlingsbereich liegt nun vor, auch wurden die Klärung der Zuständigkeiten und Darstellung der Abläufe sowie die Sensibilisierung und Schulung der Mitarbeitenden implementiert.

Krankenversicherung

- Ergebnis:

Die Revision des Dekrets über den Vollzug des Krankenversicherungsgesetzes, welche die Umsetzung der Revision des KVG und die Abschaffung der Liste der säumigen Prämienzahler vorsieht, wurde an den Kantonsrat überwiesen. Die umfassende Revision des kantonalen Krankenversicherungsgesetzes kann coronabedingt erst im Anschluss an die Dekretsrevision neu aufgelegt werden.

7 GESELLSCHAFT, KULTUR UND FREIZEIT

JUGEND UND FAMILIE

Gestützt auf das Schulgesetz von 1981 wurde eine Verordnung betreffend die Ausrichtung von Kantonsbeiträgen an schulergänzende Tagesstrukturen erlassen. Dank dieser Tagesstrukturverordnung können Gemeinden für anerkannte Einrichtungen der schulergänzenden Tagesstrukturen Kantonsbeiträge beantragen.

Zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurde das Gesetz zur Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung im Vorschulalter erarbeitet. Das Gesetz wurde vom Kantonsrat verabschiedet (Ablauf der Referendumsfrist: 28. Januar 2021).

Im Schlussbericht des Bundesprogramms zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendpolitik im Kanton Schaffhausen «schützen, fördern, beteiligen 2016–2018» wurden Ziele, Massnahmen und Empfehlungen definiert. Das in diesem Rahmen erarbeitete kantonale Kinderschutzkonzept wird umgesetzt und soll mit Handlungsleitfäden für die verantwortlichen Fachpersonen zu einem effektiven Kinderschutz führen.

Es wurde ein Lösungsvorschlag zur Sprachförderung im Vorschulbereich zwecks besserer Integration von fremdsprachigen Kindern in der Regelklasse erarbeitet. Das entsprechende Projekt soll in den Jahren 2021 bis 2023 lanciert werden.

Das Früherfassungsprogramms «Guter Start ins Kindesleben» konnte im Kanton Schaffhausen eingeführt und etabliert werden.

KULTUR

Überprüfung und Anpassung der Strategie zur Kulturförderung aus dem Jahr 2010

- Ergebnis:
Wegen der zusätzlichen Belastung durch die Umsetzung und Bearbeitung der Bundesvorgaben zur Bewältigung der coronabedingten wirtschaftlichen Folgen im Kultursektor (Kulturunternehmen und Kulturschaffende) konnte die Arbeit nicht abgeschlossen werden. Sie soll im nächsten Jahr beendet werden.

Kulturerbe-Jahr 2018

- Ergebnis:

Im Kulturerbe-Jahr wurde mit verschiedenen Partnern im Kulturbereich (Vereine, Museen, Reg. Naturpark) ein Ganzjahresprogramm zur Sensibilisierung der Bevölkerung für ihr Kulturerbe durchgeführt. In diesem Zusammenhang wurde das Archäomobil im Kanton Schaffhausen lanciert, welches archäologische Funde vor Ort in die Gemeinden und Schulen brachte. Für die Bekanntmachung und Vermarktung der wertvollen Ortsbilder wurde in Zusammenarbeit mit dem Regionalen Naturpark ein Projekt «Unser Kulturerbe: Baukultur im Regionalen Naturpark Schaffhausen» gestartet.

Aufwertung Kesslerloch

- Ergebnis:

Ab 2018 erarbeitete eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe ein Projekt für die Aufwertung des Kesslerlochs. Es setzt Rahmenbedingungen für den Quartierplan des benachbarten Industrieareals. Das mit der Eigentümerschaft der Industriezone und mit der Gemeinde Thayngen konsolidierte Aufwertungsprojekt sieht ein Umgebungsschutzgebiet vor, das mit einem Erdwall zur Industrie hin abgegrenzt wird. Der Kantonsrat bewilligte die entsprechenden Mittel. Die Arbeiten sollen 2021 starten und 2023 abgeschlossen sein.

Historische Baukultur

- Ergebnis:

Für alle Dörfer im regionalen Naturpark wird ein eigenes baukulturelles Portrait erstellt. Das Projekt wird in Zusammenarbeit mit dem Regionalen Naturpark, dem Heimatschutz Schaffhausen und der kantonalen Denkmalpflege durchgeführt. Es dient der Bekanntmachung und Vermarktung der wertvollen Ortsbilder im Kanton Schaffhausen und soll das Wissen über die historische Baukultur in der Bevölkerung fördern. Die digitalen Broschüren liegen Ende 2020 vor und sollen im Frühjahr 2021 veröffentlicht werden.

Archäomobil Ostschweiz

- Ergebnis:

Während dem Kulturerbejahr 2018 war das Grabungsgewand der Kantonsarchäologie unterwegs mit Kisten voller Funde aus den 24 Gemeinden im Kofferraum. Das Archäomobil machte Halt in fünf Schulen und führte Workshops zur Archäologie durch. Zudem war es auf Dorfplätzen und verschiedenen Veranstaltungen im Einsatz. Das Konzept der mobilen Vermittlung vor Ort diente als Vorbild für gleichartige Projekte im österreichischen Vorarlberg und das «Archäomobil Ostschweiz», eine Kooperation zwischen Schaffhausen, Thurgau, St. Gallen und Zürich, welches Ende 2020 lanciert wird.

SPORT

- Ergebnis:

Ein interner Bericht mit Empfehlungen zur Gesundheitsförderung und Prävention nichtübertragbarer Krankheiten wurde an den Regierungsrat überwiesen.

Für die Jahre 2021–2024 ist ein neues kantonales Aktionsprogramm zur Gesundheitsförderung bei Kindern und Jugendlichen lanciert worden.

Der Breitensport konnte insbesondere durch den weiteren Ausbau von Jugend+Sport-Angeboten gefördert werden. Die Aus- und Weiterbildung von Leiterinnen und Leitern wurde durch das Programm «1418coach» ergänzt. Dadurch können Jugendliche von 14 bis 18 Jahren profitieren und für ihre Tätigkeit entschädigt werden.

Sportstättenbau: Der Regierungsrat hat einen Kriterienkatalog im Rahmen eines Kantonalen Sportanlagenkonzeptes für Schaffhausen (KASAK SH) beschlossen. So sollen Sportstätten von überregionaler, nationaler und internationaler Bedeutung mit einmaligen Investitionsbeiträgen unterstützt werden. Gemäss Konzept können private oder öffentliche Vorhaben unterstützt werden mit einmaligen à fonds perdu Beiträgen des Kantons an die direkten Investitionskosten der einzelnen Sportbaute in Höhe von maximal 15%. Es werden jeweils die Beiträge mit Bericht und Antrag dem Kantonsrat zum Entscheid unterbreitet.

INTEGRATION

Abschluss der Programmvereinbarung mit dem Staatssekretariat für Migration SEM für das kantonale Integrationsprogramm 2018–2021 unter Einhaltung der gemeinsamen Vorgaben des Bundesrats und der Konferenz der Kantonsregierungen

- Ergebnis:

Die Programmvereinbarung konnte im November 2017 abgeschlossen werden. Die Umsetzung des zweiten kantonalen Integrationsprogramms läuft seit 2018. Der Bund hat die kantonalen Berichterstattungen zur erfolgreichen Umsetzung der Programmjahre 2018 und 2019 genehmigt.

Demografiestrategie

- Ergebnis:

Die 2017 verabschiedete Demografiestrategie stützt sich auf vier strategische Schwerpunkte, welche vom Regierungsrat innerhalb des Schwerpunktthemas «Demografiestrategie umsetzen» ins Legislaturprogramm 2017–2020 aufgenommen wurden:

- Bedarfsgerechten Arbeitsplätze-Pool erhalten
- Mit wohnortnahen Pflege- und Gesundheitsdienstleistungen sowie differenzierten Wohnformen Lebensqualität und Autonomie im Alter unterstützen
- Siedlungs- und Verkehrsentwicklung auf demografische Bedürfnisse und Entwicklungen ausrichten
- Bildungswesen auf eine zunehmend heterogene Bevölkerung ausrichten

Den vier strategischen Schwerpunkten wurden 28 Massnahmen zugrunde gelegt, deren Umsetzung die Departemente während der Legislaturperiode als Jahresziele starteten und vonseiten des Regierungsrats von 2018–2020 im Rahmen eines jährlichen Controllings überprüft wurde. Auch wenn bei fast allen Massnahmen Fortschritte erzielt werden konnten, sieht die departementsübergreifende Arbeitsgruppe Demografie, welche zur Erarbeitung der Demografiestrategie gegründet wurde, in allen vier strategischen Schwerpunktfeldern weiterhin Handlungsbedarf angezeigt. Der Stand der Umsetzung der Demografiestrategie und ein Vorschlag zum weiteren Vorgehen insbesondere mit Blick auf die dynamische Entwicklungen des Bevölkerungswachstums sollen deshalb im Rahmen einer Orientierungsvorlage zusammengefasst werden.

Planung und Bereitstellung von Massnahmen der Grundbildung für Migrantinnen und Migranten mit Bildungspotential zur Verbesserung der langfristigen Perspektiven für eine berufliche und gesellschaftliche Integration sowie zur Verminderung der Sozialhilferisiken

- Ergebnis:

Das Grundbildungsangebot für Migrantinnen und Migranten mit Bildungspotential konnte dank den Beiträgen von vier Stiftungen auch während der Zeit der hohen Asylzahlen weiterentwickelt und bedarfsgerecht durchgeführt werden. Mit der Einführung der Integrationsagenda sind diese wichtigen Bildungsmassnahmen ab 2019 in allen Kantonen vorgegeben und über die reguläre Integrationsförderung zu finanzieren.

Erarbeitung des Konzepts zur Umsetzung der Integrationsagenda Schweiz

- Ergebnis:

Das kantonale Konzept wurde per 30. April 2019 beim Staatssekretariat für Migration SEM eingereicht. Nach ergänzenden Verhandlungen konnte die Umsetzungsvereinbarung im September 2019 mit dem Bund abgeschlossen werden.

Start operative Umsetzung der Integrationsagenda Schweiz ab Mai 2019

- Ergebnis:

Die Umsetzung musste im Mai 2019 in Angriff genommen werden. Sie beinhaltet eine durchgehende Fallführung aller Personen aus dem Asylbereich während der Bundeszuständigkeit bzw. während mindestens sieben Jahren durch das kantonale Sozialamt. Die inhaltliche Ausrichtung an den Zielen der Integrationsagenda und die fachliche Kompetenz aller beteiligten Akteure muss weiter geschärft und vertieft werden. Der Bund hat die kantonale Berichterstattung zur Umsetzung des ersten Programmjahres 2019 genehmigt.

Sicherstellung des Zugangs zu und der Teilnahme an bedarfsgerechten Deutschkursen für fremdsprachige Personen, welche ihren finanziellen, soziokulturellen und persönlichen Umständen entsprechen

- Ergebnis:

Die Angebote der Integrationsförderung sind im Kanton Schaffhausen durchlässig gestaltet und werden nicht nach Status getrennt durchgeführt. Dies erlaubt eine höhere Differenzierung und bessere Durchmischung der Kurse. Trotzdem bleibt die Bereitstellung eines bedarfsgerechten Angebots anspruchsvoll. Die durch Covid-19 verursachten Einschränkungen sind vor allem bei Sprachkursen für Anfängerinnen und Anfänger sehr anspruchsvoll.

Qualitative und quantitative Erweiterung des Angebots an alltagsorientierten Deutschkursen

- Ergebnis:

Der angestrebte Ausbau konnte teilweise erfolgen und muss bedarfsgerecht weiterverfolgt werden. Die steten Veränderungen bezüglich Zahl und Zusammensetzung der Zielgruppe verlangen ein regelmässiges Nachjustieren der Angebote.

8 ÖFFENTLICHE ORDNUNG UND SICHERHEIT

Trainings- und Schiessanlage Solenberg

- Ergebnis:

Die Trainings- und Schiessanlage Solenberg TSA wurde nach Massgabe von Terminprogramm und Objektkredit geplant, erstellt und in Betrieb genommen. Die Schlussabrechnung mit dem Bund über dessen Mitfinanzierung erfolgte Mitte 2020.

Polizei- und Sicherheitszentrum

- Ergebnis:

Für den Neubau an der Solenbergstrasse wurde ein zweistufiger Projektwettbewerb zur Evaluation des geeigneten integralen Generalplanerteams durchgeführt. Im Anschluss wurde mit dem siegreichen Team zeitverzugslos der Generalplanervertrag abgeschlossen und die Bereinigung der Bestellung als Basis für das Vorprojekt in Angriff genommen.

Polizeistation Klettgau

- Ergebnis:

Die Schaffhauser Polizei musste den Personalbestand im Klettgau infolge der regen Bautätigkeit und dem damit einhergehenden Wachstum der Bevölkerung und des Verkehrsaufkommens verstärken. Die Polizeistation in Neunkirch enthielt hierfür zu wenige Arbeitsplätze, kein Einvernahmezimmer sowie keinen geeigneten Schalter und nur eine Garage. Im Einvernehmen mit der Gemeinde Neunkirch wurde daher eine Verlegung in geeignete Räumlichkeiten nach Beringen geplant. Dafür wurde mit der Gemeinde Beringen ein langfristiger Mietvertrag über die geeignete Fläche im Gemeindehaus Beringen (ehemalige Fläche Postfiliale) abgeschlossen. Die neue Polizeistation Klettgau konnte planmässig am 14. September 2018 in Betrieb genommen werden.

Gewährleistung der Sicherheit und nachhaltige Stärkung des Sicherheitsempfindens der Bevölkerung

- Ergebnis:

Zur Förderung der Sicherheit der Bevölkerung wurden diverse Aktionen wie Bezirks- und Quartierkontrollen durchgeführt, die Präsenz zum Schutz grösserer Veranstaltungen (z.B. Rheinfallbeleuchtung, Stars in Town) mit entsprechendem Ressourcenaufwand erhöht, Brennpunkte mit den Gemeinden bearbeitet und es fanden verschiedene Präventionsaktionen statt (z.B. #zdoof? eine Präventionskampagne zu den Gefahren des Rheins, Information über Taschendiebstahl bei Touristen). Zudem wurde die Bearbeitung des

nationalen Aktionsplans zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus NAP an die Hand genommen und 2019 eine Fach- und Beratungsstelle für die Bevölkerung und die Behörden von Kanton und Gemeinden aufgebaut, welche bei der Schaffhauser Polizei angegliedert ist. Gegen Ende der Legislatur wurde nun mit der Analyse der erforderlichen Schritte zugunsten einer verstärkten Bekämpfung von Cyberkriminalität und Wirtschaftsdelikten begonnen. Speziell für Bekämpfung von Internet- und Pädokriminalität verabschiedete der Regierungsrat Ende 2020 eine Vorlage an den Kantonsrat. Diese soll es ermöglichen, dass speziell geschultes Personal der Schaffhauser Polizei sich fortan verstärkt dem Schutz von Kindern und Jugendlichen widmen und im Zusammenhang mit Straftaten wie sexuellen Handlungen mit Kindern und Kinderpornografie fahnden kann.

Stärkung der Zusammenarbeit Bevölkerungsschutz und Partnerorganisationen

- Ergebnis:

Der Bevölkerungsschutz und die Zusammenarbeit unter den Partnerorganisationen konnte dank diverser Anstrengungen massgeblich gestärkt werden. Es fanden jährlich bis zu vier Stabsrapporte zu Themen wie Notfallplanungen, Landesversorgung, Evakuation, Energie, Polycom, Cyber statt. Hinzu kam die Stabsrahmenübung AIOLOS 2017 zu den Themen Tierseuche und Sturm/Orkan sowie die Sicherheitsverbandsübung SVU 2019 zu länger andauernden Terrorbedrohungen. Dass sich diese Institutionalisierung der KFO bewährt, zeigte sich insbesondere beim Einsatz eines Teilstabes der KFO während der anhaltenden Hitze- und Trockenheitsperiode 2018 und 2019 sowie während dem Lockdown 2020 infolge der Corona-Krise. Für die Gemeindeführungsstäbe fanden regelmässige Ausbildung und Jahresgespräche statt. Zudem wurde 2018 ein zweiter kantonaler Bevölkerungsschutztag durchgeführt, zu welchem die Mitglieder der kantonalen und kommunalen Führungsstäbe eingeladen waren und sich austauschen konnten. Für die Öffentlichkeit fand eine Ausstellung statt.

Neues Polizeigesetz

- Ergebnis:

Im Sommer 2017 wurde ein Entwurf für ein neues Polizeigesetz in die Vernehmlassung gegeben, welcher vorsah, die Befugnisse der Polizeibehörden ausserhalb der Strafverfolgung in einem ähnlichen Bestimmtheitsgrad wie in der Schweizerischen Strafprozessordnung zu normieren. Auch der Gewaltschutz und der Datenschutz, die Aufgabenteilung zwischen der Schaffhauser Polizei und den Gemeinden und die Finanzierungsregelungen wurden angepasst. Auf Kritik stiess in der Vernehmlassung insbesondere die Regelung der Aufgabenteilung und der Zusammenarbeit. Die Bestimmungen wurden zwischenzeitlich aufgrund von Vorbringen aus der Vernehmlassung und aufgrund von Gesprächen mit den betroffenen Kreisen angepasst. Nun wird noch geprüft, ob die aktuellsten Entwicklungen im Polizeirecht nachgeführt worden sind. Im kommenden Jahr wird eine überarbeitete Version des Polizeigesetzes den Gemeinden nochmals zur Vernehmlassung unterbreitet werden und anschliessend soll die Vorlage an den Kantonsrat überwiesen werden.

Ausbildungszentrum Beringen für Bevölkerungsschutz und Feuerwehren

- Ergebnis:

Für die neue Anlage wurde eine Vorlage zuhanden des Kantonsrats erstellt. Nach der Annahme dieser Vorlage durch das Parlament haben die Stimmberechtigten des Kantons dem Vorhaben am 30. August 2020 ebenfalls zugestimmt.

Räumliche Reorganisation Polizeistation Thayngen

- Ergebnis:

Die Polizeistation Thayngen befindet sich im Gebäude der Gemeindeverwaltung. Die Fläche und die Ausstattung genügen den betrieblichen Anforderungen an eine zeitgemässe Polizeistation seit längerem nicht mehr. Zudem hat die Gemeindeverwaltung mittelfristigen Eigenbedarf an der Fläche angemeldet. An zentraler Lage, an der Biberstrasse 33 in Thayngen, wird nun ein Neubau mit einem Mehrfamilienhaus und gewerblichen Flächen erstellt, welche für die neue Polizeistation Reiat gemietet wird. Die neue Polizeistation wird voraussichtlich im Mai 2021 bezugsbereit sein und eine Kapazität von sieben Arbeitsplätzen, einen Kundenschalter sowie eine strikte Trennung von Kunden- und Mitarbeiterzone aufweisen.

Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt

- Ergebnis:

Am 1. April 2018 ist die Istanbul-Konvention für die Schweiz in Kraft getreten, welche Handlungsbedarf in den Bereichen häusliche Gewalt, sexuelle Gewalt, Zwangsheirat und Genitalbeschneidung vorgibt. Im Jahr 2020 wurde daher eine Koordinationsstelle Verhütung von Gewalt gegen Frauen (Istanbul-Konvention) beim Sozialamt geschaffen. Die Schaffhauser Polizei ist im Rahmen der Strafverfolgung und bei Schutz- und Sicherheitsmassnahmen sowie bei der präventiv-polizeiliche Arbeit integriert und mit den anderen Behörden und der Fachstelle für häusliche Gewalt im Austausch. Jährlich werden rund 200 Meldungen registriert, welche dem Bereich der häuslichen Gewalt zugeordnet wurden, und Massnahmen wie Wegweisungen erforderten.

Sicherheitsfunknetz Polycom

- Ergebnis:

Polycom ist das flächendeckende Sicherheitsnetz Funk der verschiedenen Organisationen Grenzwacht, Polizei, Feuerwehr, sanitätsdienstliches Rettungswesen, Zivilschutz und unterstützende Verbände der Armee. Aufgebaut wurde das Sicherheitsnetz schrittweise mit Teilnetzen unter der Leitung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (BABS). Ein grosser Teil der im System Polycom genutzten Komponenten ist mehr als zehn Jahre in Betrieb und muss aufgrund des Technologiewandels gesamthaft erneuert werden. Die Schaffhauser Polizei als kantonale Betreiberin des Teilnetzes Schaffhausen ist für fünf der insgesamt zwölf Basisstationen des Kantons Schaffhausen verantwortlich und daher in den bevorstehenden Umbau zum sicheren Datenverbundnetz (SDVN) involviert. Aktuell finden Diskussionen zu den neuen Vertragsbedingungen statt, unter anderem zur Aufteilung der kostenintensiven Betriebskosten.

9 UMWELTSCHUTZ UND RAUMORDNUNG

Renaturierung von Fliessgewässern

- Ergebnis:

In der vergangenen Legislaturperiode wurden neben Längsvernetzungsmaßnahmen zwei Revitalisierungsprojekte an der Biber in Thayngen und Ramsen sowie das Rheinprojekt «Uferried z'Hose» in Stein am Rhein realisiert. Aufgrund von Verzögerungen auf deutscher Seite musste ein weiteres kantonales Revitalisierungsprojekt an der Wutach in Wunderklingen auf das Jahr 2021 verschoben werden. Der Kanton und die Gemeinden sind bestrebt, die prioritären Projekte der kantonalen Revitalisierungsplanung voranzutreiben.

Kantonales Waldinventar

- Ergebnis:

Die Aufnahmen für das kantonale Waldinventar (ca. 1'000 Stichproben) konnten im Frühjahr 2020 erfolgreich abgeschlossen werden. Es folgt die Auswertung (Sommer/Herbst 2020) und die Erstellung eines Schlussberichtes (Frühjahr 2021)

Leitbild Bodenschutz

- Ergebnis:

Das Leitbild Bodenschutz konnte noch nicht fertig gestellt und verabschiedet werden. Die nationale Bodenstrategie, auf die sich das Leitbild hätte abstützen müssen, wurde später als geplant verabschiedet (am 8. Mai 2020).

Trinkwasser- und Löschwasserversorgung

- Ergebnis:

Die «Generellen Wasserversorgungsprojekte (GWP)» als Planungsgrundlagen für die Wasserversorgungen wurden wie geplant durch die Gemeinden erstellt respektive aktualisiert.

Abfallplanung

- Ergebnis:

In Übereinstimmung mit dem eidgenössischen Abfallrecht wurde die Abfallplanung 2018/2019 erstellt und mit ihrer Umsetzung begonnen.

Aufgleisen einer gesamtkantonalen Naturschutzkonzeption gemäss NFA Leistungsvereinbarung

- Ergebnis:

Die Naturschutzkonzeption ist aufgegleist und befindet sich in der Erarbeitung, da das Projekt auf zwei Jahre (bis 2021) ausgelegt ist.

Bekämpfung von gebietsfremden Organismen (Neophyten)

- Ergebnis:

Die Gemeinden wurden in der Bekämpfung von gebietsfremden Organismen unterstützt. Mit diversen Aktionen wurde die Öffentlichkeit über die Problematik informiert.

Aktualisierung der Naturschutzinventare zusammen mit den Gemeinden

- Ergebnis:

Für die Erfassung der Naturschutzinventare der Gemeinden wurde in Zusammenarbeit mit dem Amt für Geoinformation ein Datenmodell erarbeitet und die vorhandenen Inventare nach Datenmodell dargestellt. Im Anschluss an eine Informationsveranstaltung für die Gemeinden haben die Gemeinden die Kartengrundlagen auf Vollständigkeit geprüft. Diese dienen als Grundlage für die Aktualisierung der Inventare anlässlich von Nutzungsplanungsrevisionen. Im Weiteren wurden verschiedenen Erhebungen wie u.a. Amphibienmonitoring und Trockenwieseninventare durchgeführt. Auch diese sind Grundlagen für die Aktualisierung der Naturschutzinventare.

Klima

- Ergebnis:

In Zusammenarbeit mit betroffenen Dienststellen wurde ein Klimaanpassungsbericht erarbeitet, im Jahr 2019 vom Regierungsrat verabschiedet und an einem Anlass der Öffentlichkeit präsentiert. Es wurde eine Klimastrategie erstellt, die alle Klimathemen, einschliesslich Klimaschutz, umfasst.

Vorlage betreffend Revision des Wasserwirtschaftsgesetzes zur Ermöglichung einer zusätzlichen Nutzung der Wasserkraft

- Ergebnis:

Die Vorlage geht zurück auf die Motion Hauser 2018/8, welche am 17. September 2018 mit 43:6 Stimmen als erheblich erklärt wurde. Während der Regierungsrat infolge der Ablehnung einer Änderung des Wasserwirtschaftsgesetzes von 2014 entschieden hatte, nur den Ausbau bestehender Wasserkraftwerke einzubeziehen, verlangt der Kantonsrat mit der Motion, dass auch Neubauprojekte am Rhein unter strengen Rahmenbedingungen ermöglicht werden sollen. Auf eine weitere Wasserkraftnutzung an allen kleineren und mittleren Gewässern im Kanton sowie auf einen Höherstau beim Kraftwerk Schaffhausen soll zum Schutz der Fliessgewässer verzichtet werden. Ausschliesslich am Rheinflall dürfte eine zusätzliche Wasserkraftnutzung verträglich und verhältnismässig sein. Die Vorlage wurde im Herbst 2020 dem Kantonsrat unterbreitet.

Erarbeitung der Entscheidungsgrundlagen im Hinblick auf die Neukonzessionierung des Rheinkraftwerkes Neuhausen am Rheinflall

- Ergebnis:

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 7. Juli 2020 eine Vorlage über das weitere Vorgehen im Zusammenhang mit der Neuregelung der Konzessionsverhältnisse für das Rheinkraftwerk Neuhausen unterbreitet (ADS 20-73). Der Kantonsrat hat mit Beschluss vom 8. September 2020 den Anträgen des Regierungsrats zugestimmt (Ausübung des Heimfalls).

Nachhaltige Ausrichtung der Schaffhauser Landwirtschaft unter Wahrung der natürlichen Ressourcen und des schonenden Umgangs mit den hohen Natur- und Umweltwerten

- Ergebnis:

Die Umsetzung der agrarpolitischen Vorgaben des Bundes prägten auch die vergangenen Jahre. Regelmässige Information zur Umsetzung der Agrarpolitik durch gezielte Schreiben oder Fachtagungen standen dabei im Vordergrund. Die Anmeldeprozeduren für sämtliche Beitragsprogramme über das Webportal www.agate.ch des Bundes wurden eingeführt und liefen weitgehend problemlos. Seit 2018 melden alle Betriebe ihre Flächen georeferenziert. Die Harmonisierung der kommunalen und kantonalen Vernetzungsprojekte und des kantonalen Landschaftsqualitätsprojektes wurde

weiter vorangetrieben. Das Förderprojekt für sauberes Trinkwasser durch eine nitratschonende landwirtschaftliche Bewirtschaftung im Klettgau (Nitratprojekt Chrummenlanden) konnte in eine weitere Phase 2020–2025 überführt werden. Das geplante Pilotprojekt Regionale Landwirtschaftsstrategie im Vorfeld der neuen Agrarpolitik AP22+ des Bundes musste aufgrund fehlender Ressourcen zurückgestellt werden.

Kohärente Umsetzung landwirtschaftlicher und naturschützerischer Leistungs- und Beitragsprogramme

- Ergebnis:

Dank umfassender Datenbereinigungen und einer Migration sämtlicher Naturschutzverträge in die zentrale Landwirtschaftsdatenbank LAWIS war es möglich, die Erfassungsprozesse zu straffen und Bagatelldifferenzen bereits frühzeitig zu eliminieren. Das Projekt ist mittlerweile abgeschlossen und die Auszahlung der Naturschutzgelder läuft seither nach einem Abgleich mit den Direktzahlungsprogrammen des Bundes.

Abschluss des Pilotprojektes RASH für die nachhaltige Reduktion von Ammoniakemissionen aus der Landwirtschaft

- Ergebnis:

Das Pilotprojekt wurde im 2017 deutlich unter Budget abgeschlossen. Trotz jährlich steigender Beteiligung der Landwirte erwiesen sich die avisierten Zielsetzungen wie in anderen Kantonen als zu hoch angesetzt und konnten nicht erreicht werden. Die Sensibilisierung der Landwirte auf Ammoniakverminderung wurde mit regelmässigen Beratungsartikeln, mit einer grossen Feldtagung und mit Auftritten an Versammlungen verbessert. Als konkrete Fördermassnahmen wurden die Gülleausbringung mit Schleppschlauch, die Einarbeitung von Hofdüngern und die Abdeckung von offenen Güllegruben unterstützt.

Erarbeitung eines Gesetzes über die Nutzung des Untergrundes

- Ergebnis:

Die Erarbeitung eines Gesetzes über die Nutzung des Untergrundes wurde einstweilen nicht weiterverfolgt, weil noch abgeklärt wird, inwieweit ein solches Gesetz wirklich notwendig ist.

Sachplan geologisches Tiefenlager

- Ergebnis:

Etappe 2 des dreistufigen Sachplanes geologische Tiefenlager wurde abgeschlossen. Der Regierungsrat hat sich dazu sehr kritisch, aber konstruktiv geäußert.

Flughafen Zürich

- Ergebnis:

Das SIL2-Objektblatt wurde inzwischen (2017) erlassen, soweit damit sicherheitsrelevante Aspekte geregelt werden. Das Betriebsreglement ist noch in Erarbeitung. Der Regierungsrat war in diese Prozesse involviert. Er wirkt darauf hin, dass die Massnahmen zur Lärmreduktion möglichst zügig umgesetzt werden. Dabei ist sich der Kanton Schaffhausen der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Flughafens Zürich als wichtigem Wirtschaftsmotor bewusst.

Neuanlauf zur Revision des Baugesetzes (Umsetzung des Eidgenössischen Raumplanungsgesetzes)

- Ergebnis:

Das Bundesgesetz über die Raumplanung (RPG) verpflichtet die Kantone, die Verfügbarkeit von Bauland zu fördern und bis zum 1. Mai 2019 eine Mehrwertabgabe einzuführen. Nachdem eine entsprechende Baugesetzvorlage 2016 im Parlament knapp gescheitert war, wurde die Umsetzung der Mehrwertabgabe, die das Raumplanungsgesetz zwingend vorschreibt, in einem eigenen Gesetz geregelt. Am 2. Juli 2018 wurde das neue Mehrwertausgleichsgesetz (MAG, SHR 700.200) verabschiedet. Es trat am 1. Januar 2019 in Kraft. Ebenfalls am 1. Januar 2019 in Kraft traten verschiedene Anpassungen des Baugesetzes. Diese fördern die Verdichtung nach innen, indem Einschränkungen beim Ausbau von Dach- und Untergeschossen reduziert werden, und sollen mehr Dynamik in den Umgang mit Altbauliegenschaften bringen. Analog der Regelung in anderen Kantonen wurden ausserdem bauliche Massnahmen geringfügiger Bedeutung von der Bewilligungspflicht befreit. Damit wird administrativer Aufwand abgebaut. Dies gilt auch für Solaranlagen, welche aufgrund des revidierten RPG künftig auf Dächern in Bau- und Landwirtschaftszonen generell ohne Baubewilligung installiert werden dürfen, wenn sie genügend angepasst sind. Weiterhin bewilligungspflichtig sind Solaranlagen auf Kultur- und Naturdenkmälern von nationaler oder kantonaler Bedeutung.

Richtplanteilrevision 2019

- Ergebnis:

Die Richtplanteilrevision wurde aufgelegt und befindet sich zurzeit bei der Vorprüfung durch das Bundesamt für Raumentwicklung. Die öffentliche Auflage ist erfolgt.

Teilrevision Richtplan, Kapitel Siedlung

- Ergebnis:

Mit der Genehmigung durch den Bundesrat am 10. April 2019 konnten die durch die Teilrevision des Raumplanungsgesetzes erforderliche Anpassung abgeschlossen werden.

Teilrevision Richtplan, Kapitel Windenergie

- Ergebnis:

Die Teilrevision wurde am 24. Juni 2019 vom eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation genehmigt.

Förderung der Innenentwicklung und Siedlungs-erneuerung

- Ergebnis:

Diese Daueraufgabe wurde mit der Teilrevision des Richtplans, Kapitels Siedlung, der Einführung eines Beratungsangebotes Innenentwicklung für die Gemeinden, dem Modul Siedlungsentwicklungsstrategie und bei Beratungen von Nutzungsplanungsrevisionen sowie Pilotprojekten zu ausgewählten Themen angegangen.

Arbeitshilfe kommunale Planung

- Ergebnis:

Für die Arbeitshilfe kommunale Planung wurde ein modularer Aufbau gewählt, welcher sowohl als Printversion als auch als Internetauftritt gestaltet wurde. Es liegen ein Rahmendokument, welches den Aufbau erläutert, ein Modul Nutzungsplanung, ein Modul Siedlungsentwicklungsstrategie sowie ein Modul «städtebaulicher Vertrag» vor.

Lancierung von periodischen Richtplanverfahren (zwei-jähriger Rhythmus) zur regelmässigeren Eintragung von Vorhaben mit erheblichen räumlichen Auswirkungen

- Ergebnis:

Mit der Richtplananpassung 2020 wurde das periodische Richtplanverfahren gestartet. Schwerpunkt der Anpassung ist der Umgang mit neuen Materialabbaustandorten.

Unterstützung der Gemeinden in der Umsetzung der Siedlungsentwicklungsstrategie als Voraussetzung für die Nutzungsplanungsrevisionen

- Ergebnis:

Die Unterstützung ist erfolgt mit einem Modul «Siedlungsentwicklungsstrategie» aus der Arbeitshilfe Nutzungsplanung, einer Informationsveranstaltung für alle Gemeinden sowie mit Pilotprojekten zu ausgewählten Schwerpunkten in verschiedenen Gemeinden.

10 VERWALTUNG, STRUKTUREN UND AUSSENBEZIEHUNGEN

Sicherstellung eines qualitativ hochwertigen und kostengünstigen Service public und einer leistungsfähigen Verwaltung

- Ergebnis:

Das Einwohnerregister ist die umfassendste zivil- und verwaltungsrechtliche Datenbank der Gemeinden. Um die Daten auch für kantonale Anwendungsbereiche nutzen zu können, werden sie der kantonalen Personendatenplattform GERES zugeführt. Aufgrund des zunehmenden Bedarfs der kantonalen Dienststellen an automatisierten Daten aus der Personendatenplattform wurden zusammen mit dem kantonalen Datenschutzbeauftragten die erforderlichen Abklärungen getätigt.

Mit dem Projekt eUmzug wird ermöglicht, dass sich Einwohnerinnen und Einwohner für die Umzugsmeldung nicht mehr auf die Gemeindekanzlei begeben müssen, sondern die Meldung auch via Internet abgeben können. Der Regierungsrat hat eine entsprechende Vorlage erarbeitet,

Die neuen Rechtsgrundlagen für die Erteilung des Schweizer Bürgerrechts ab 1. Januar 2018 und das dadurch angepasste Verfahren wurden erfolgreich eingeführt.

Förderung des Kantons als attraktiver, konkurrenzfähiger und verantwortungsvoller Arbeitgeber

- Ergebnis:

In Anbetracht der demografischen Entwicklung und der damit verbundenen Zunahme von Pensionierungen ist eine regelmässige Alimentierung des Lohnsystems unumgänglich, damit einigermaßen konkurrenzfähige Löhne bezahlt werden können. Auf eine Gesetzesrevision, welche die Speisung des Lohnsystems hätte sicherstellen sollen, ist der Kantonsrat im Juli 2017 jedoch nicht eingetreten. In der Folge hat der Regierungsrat angekündigt, mit den Budgets Mittel zu beantragen. Erstmals wurden mit dem Budget 2019 Mittel für strukturelle Lohnanpassungen in der Höhe von 1 % beantragt. Der Kantonsrat lehnte diese Mittel ab. Die mit dem Budget 2020 beantragten Mittel in der Höhe von 2.25 % zuzüglich 0.5 % Mutationsgewinne hiess er dann gut. 1.75 % der Mittel wurden in der Folge für strukturelle Anpassungen eingesetzt, der Rest für individuelle Lohnentwicklungen. Mit der strukturellen Lohnanpassung 2020 konnte das Lohnniveau der eingereichten Mitarbeitenden angehoben werden, sodass die Löhne wieder näher an das Marktniveau herangeführt werden konnten. Gleichwohl ist die Situation insbesondere bei den jüngeren Mitarbeitenden noch nicht zufrieden-

stellend, sodass weitere Anpassungen notwendig sein werden.

Siehe für Weiteres auch Leitbild zur Personalpolitik. Zudem wird anhaltend in ein attraktives Weiterbildungsangebot investiert.

Leitbild zur Personalpolitik

- Ergebnis:

Im Frühjahr 2017 wurde eine Befragung zum Leitbild der Personalpolitik durchgeführt, welche einige Handlungsfelder hervorgerufen hat. Das interne Kommunikations- und Informationsverhalten ist in den Dienststellen zur Optimierung thematisiert worden. Weiter wurden im Rahmen der Budgets 2019 und 2020 Mittel beantragt, damit der Kanton als Arbeitgeber ausreichend konkurrenzfähig ist (siehe Förderung des Kantons als attraktiver, konkurrenzfähiger und verantwortungsvoller Arbeitgeber). Einzelne Kürzungen bzw. Einschränkungen als Folge von Sparmassnahmen wurden sodann rückgängig gemacht. Auch zum Thema Gesundheitsschutz und soziale Verantwortung hat der Regierungsrat Bereiche zur weiteren Bearbeitung und Umsetzung definiert (z.B. Standards an Arbeitsplätzen, Konzept für Führungskräfte, Möglichkeiten zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wie Home-Office und flexible Arbeitszeitmodelle bekannter machen, Prüfung von Möglichkeiten zur Gesundheitsförderung). Aufgrund von personellen Engpässen konnte die beiden Aufträge «Weiterbildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten» sowie «Führungskonzept» in der vergangenen Legislatur noch nicht bearbeitet werden.

Professioneller Auftritt als Arbeitgeber am Arbeitsmarkt

- Ergebnis:

Aufgrund der demografischen Entwicklung sowie weiteren einschneidenden Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt sind zusätzliche Anstrengungen erforderlich, um genügend Personen mit den richtigen Qualifikationen gewinnen und halten zu können. Die kantonale Verwaltung als Arbeitgeber hat deshalb ihren Auftritt bei Stelleninseraten in den Medien vereinheitlicht und ist seit 2017 auch in den sozialen Medien aktiv. Um potentielle Arbeitnehmende anzusprechen, wurde ein kurzer Imagefilm gedreht. Dieser zeigt die Vielfalt der Berufsfelder in der kantonalen Verwaltung sowie den Gerichten in anschaulicher und zeitgemässer Weise auf. Er ist Ende 2019 auf der Homepage des Kantons Schaffhausen sowie weiteren sozialen Medien aufgeschaltet worden.

EKAS: Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz

- Ergebnis:

Die Überprüfung der Umsetzung der Richtlinien der Eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit (EKAS) hat dringenden Handlungsbedarf für die Bürobetriebe der kantonalen Verwaltung zu Tage gebracht. Für die schrittweise Einführung aller notwendigen EKAS-Vorgaben wurden mit dem Budget 2019 finanzielle Mittel beantragt. Zuständig ist nun das Amt für Bevölkerungsschutz und Armee in Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt. Bereits angepasst werden konnten die Notfalldokumente und -organisation, welche unvollständig und veraltet waren. Das Thema wird aber auch in der kommenden Legislatur beschäftigen.

Sicherstellung qualitativ hochwertiger und kostengünstiger Informatikdienstleistungen für Kanton und Gemeinden

- Ergebnis:

Sowohl die Verfügbarkeit der Systeme wie auch die Datensicherheit wurde gemäss Service-Level-Agreement eingehalten. Die Arbeitsplatzpreise liegen gemessen an unterschiedlichen Benchmarks deutlich unter dem Durchschnitt. Die KSD ist im Cyber Defense Programm des Bundes vertreten und rüstet ihre Systeme kontinuierlich auf. Neben neuen Storage Systemen mit Schutzmechanismen vor Verschlüsselung wurden auch Server-, Netzwerk- und Firewall-Systeme durch neue Technologie ersetzt. Im Zentrum eines Angriffs stehen jedoch oft die Mitarbeitenden, welche mittels zweier Awareness-Schulungen auf die Erkennung solcher Angriffe ausgebildet wurden.

eGovernment

- Ergebnis:

Durch einheitliche Plattformen und Schnittstellen sowie neue Online-Formulare wurden diverse Prozesse zwischen Kanton und Gemeinden digitalisiert. Neben Prozessen aus dem Bauwesen werden zunehmend auch die Prozesse im Sozialbereich digitalisiert. Die mobile Sitzungsvorbereitung für den Regierungs- und Stadtrat wurde implementiert.

Als Grundlage zur Identifikation lancierte der Kanton Schaffhausen als einer der ersten Kantone eine Digitale Identität. Neben diversen Identifikationsschnittstellen in kantonale Verwaltungssysteme werden aktuell Schnittstellen in Bundessysteme realisiert.

eVoting

- Ergebnis

Seit Sommer 2019 steht in der Schweiz kein E-Voting-System zur Verfügung. Entsprechend ist E-Voting in der Schweiz aktuell nicht möglich. Der nächste Schritt ist ein Entscheid auf Bundesebene über die Neuausrichtung des Versuchsbetriebes. Der Kanton Schaffhausen nimmt eine abwartende Position ein.

Informatiklösung VIACAR – Ausbau eGovernment-Lösungen und Systemerneuerung

- Ergebnis:

Im Rahmen der bewährten Zusammenarbeit mit der Viacar AG und den Partnerkantonen konnte der Ausbau moderner eGovernment-Lösungen im Strassenverkehrsamt vorangetrieben werden. Erfolgreich realisiert wurden unter anderem die Anbindung der VIACAR-Fachapplikation an die kantonale Personendatenplattform, der automatisierte Datenaustausch mit der Ärzteschaft bei verkehrsmedizinischen Untersuchungen sowie die Einführung der computerunterstützten Fahrzeugprüfung. Weitere kundenorientierte eGovernment-Lösungen befinden sich in der Umsetzung.

Die Erneuerung des VIACAR-Systems (ReDesign V20) befindet sich in der Entwicklung. Angesichts der hohen Komplexität dieses umfangreichen IT-Projekts wurde der Zeitplan mehrfach erstreckt. Für den weiteren Projektverlauf stehen verschiedene Optionen zur Wahl, die mit den Partnerkantonen besprochen werden. Je nach Variantenentscheid, soll die Systemerneuerung bis Ende 2023 abgeschlossen sein.

Aufbau der kantonalen Geodateninfrastruktur gemäss Geoinformationsgesetzgebung und Kompetenzzentrum für Geoinformation als Dienstleister für die kantonale Verwaltung und die Gemeinden

- Ergebnis:

Im Januar 2020 wurde eine komplett erneuerte Geodateninfrastruktur in Betrieb genommen. Es werden laufend neue Geodatensätze gemäss der kantonalen Geoinformationsverordnung (kGeoIV) erfasst, publiziert und zum kostenlosen Download angeboten. Die kGeoIV legt die Priorisierung und die Fristen für die Erfassung der Geodaten fest. Dieses langfristige Projekt ist auf Kurs.

Aufbau des Katasters der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster)

- Ergebnis:

Der ÖREB-Kataster wurde im Januar 2020 für alle Gemeinden des Kantons Schaffhausen eingeführt. Seither verläuft der Betrieb reibungslos. Monatlich werden ca. 1'800 statische ÖREB-Auszüge erstellt und heruntergeladen, was das Bedürfnis nach diesen Informationen eindrücklich beweist.

Gezielte Nutzung neuer Technologien bei der Erfassung und Nachführung von Daten in der Landwirtschaft

- Ergebnis:

Für den Austausch von Agrardaten zwischen den Farmmanagement-Informationssystemen der Landwirtschaftsbetriebe und dem Direktzahlungssystem des Kantons wurde ein schweizweit breit gestütztes Projekt gestartet. Aufgrund eines Urheberrechtsstreits konnte die vorgesehene Nutzung einer technisch bereits weit entwickelten, zentralen Komponente des Agrardatenaustauschs noch nicht umgesetzt werden. Zurzeit werden alternative Lösungen erarbeitet, weshalb das Projekt erst 2021 umgesetzt werden kann.

Elektronische Langzeitarchivierung

- Ergebnis:

Mit Beschluss vom 10. September 2019 fällte der Regierungsrat den Systemscheid zur Einführung des elektronischen Langzeitarchivs und genehmigte den Beitritt zum Verbund DIMAG Schweiz, der aus den Kanton Aargau, Schaffhausen und Solothurn besteht. Der Verbund wird das System DIAMG gemeinsam betreiben. Die Einführungsphase wird auf Ende 2020 abgeschlossen.

Schaffung der Grundlagen zum Aufbau und Betrieb eines virtuellen Lesesaals

- Ergebnis:

Die Abklärungen ergaben, dass die technischen Voraussetzungen zum stabilen Betrieb eines umfassenden virtuellen Lesesaals noch nicht ausreichend gegeben sind. Grundlagenarbeiten und die Erstellung einer Prioritätenliste zur Digitalisierung von Beständen im Staatsarchiv sind abgeschlossen. Ausgewählte Digitalisierungsprojekte sollen in der nächsten Legislatur umgesetzt werden.

Sicherstellen der einheitlichen Rechnungslegung gemäss HRM2

- Ergebnis:

Siehe Kapitel 3 Finanzen und Steuern, HRM2. Damit das fachliche Wissen in der Verwaltung aufgebaut werden konnte, wurde ein fachliches Umsetzungskonzept für die Rechnungslegung nach «HRM2» erarbeitet. 2017 schulten Mitarbeitende der Finanzverwaltung sodann Mitarbeitende der einzelnen Dienststellen, aber auch den Regierungsrat und die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission GPK. Weiterhin finden seit 2018 halbjährlich Erfahrungsaustausche zwischen NSP-Nutzern aller Departemente statt.

Kompetenzzentrum Tiefbau Schaffhausen

- Ergebnis:

Am 15. November 2015 haben die Stimmberechtigten der Zusammenlegung der Tiefbauämter von Stadt und Kanton zu einem Kompetenzzentrum «Tiefbau Schaffhausen» zugestimmt. Am 1. Januar 2018 konnte Tiefbau Schaffhausen den Betrieb im Werkhof Schweizersbild erfolgreich aufnehmen. Tiefbau Schaffhausen erbringt nun die betrieblichen Unterhaltsleistungen auf der Nationalstrasse im Kanton Schaffhausen inklusive Tunnelanlagen Cholfirst, Fäsenstaub und Galgenbuck sowie die Tiefbauleistungen für den Kanton und die Stadt Schaffhausen. Daneben ist Tiefbau Schaffhausen für die kantonalen und städtischen Gewässer sowie den Materialabbau zuständig.

Am 5. Mai 2018 öffnete Tiefbau Schaffhausen die Türen für die Bevölkerung. Rund 2'000 Personen besuchten den ausgebauten Werkhof und liessen sich von den Mitarbeitenden von Tiefbau Schaffhausen über die vielfältigen Leistungen informieren.

Neubau Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt

- Ergebnis:

Für einen Neubau an der Solenbergstrasse in Schweizer Holz wurde ein zweistufiger Gesamtleistungswettbewerb durchgeführt, dessen Resultat Ende 2020 vorliegt. Mit der Stadt Schaffhausen wurde eine Vereinbarung zu einem Baurecht über das für die Realisierung der Anlage benötigte Bauland getroffen.

Operative Zusammenführung der neuen Dienststelle «Amt für Denkmalpflege und Archäologie» und Umsetzung der organisatorischen Massnahmen

- Ergebnis:

Die operative Zusammenführung der Neuen Dienststelle «ADA» wurde umgesetzt und bewährt sich. Organisatorisch ist die räumliche Zusammenlegung noch nicht erfolgt, so dass das Potenzial für gewisse Synergien bei den Geschäftsabläufen noch nicht genutzt werden kann. Sie soll im nächsten Legislaturprogramm erfolgen.

Umnutzung Zeughausareal

- Ergebnis:

Der städtische Prozess mit der Testplanung «Vordere Breite» wurde begleitet und unterstützt. Nach der Realisierung des Ausbildungszentrums in Beringen wird der Kanton die Abgabe des Areals an die Stadt Schaffhausen zur städtebaulichen Weiterentwicklung in die Wege leiten.

Umnutzung Pflegezentrum

- Ergebnis:

Die Umnutzung des ehemaligen Pflegezentrums zu einem «Bildungszentrum Geissberg» wurde vom Kantonsrat zugunsten der Vorlage «PHSH in die Kammgarn» zurückgewiesen. Die von den Stimmberechtigten am 30. August 2020 angenommene zweite Vorlage beinhaltet auch den Rückbau der Hochbauten auf dem Areal des ehemaligen Pflegezentrums und die Abtretung des lastenfreien Areals an die Stadt Schaffhausen. Mit dem Rückbau wird (je nach Verlauf der finalen Zwischennutzungen) frühestens 2023/24 gerechnet.

Entwicklung Klosterareal

- Ergebnis:

Für die anstehende Entwicklung des Klosterareals wurden die Grundlagen erarbeitet (Pläne, Modell, digitale 3D-Modellierung). Hinsichtlich zukünftiger, teilweiser Eigennutzungen wurden zudem diverse Grundlagen erarbeitet. Am 25. November 2018 wurde eine städtische Volksinitiative angenommen, nach welcher der Stadtrat mit der Kantonsregierung Verhandlungen zum Erwerb des Areals durch die Stadt aufnehmen soll. Das städtische Planungsamt wird in die laufende Grundlagenarbeit eng eingebunden. Konkrete Verhandlungen zur Eigentumsübertragung können aber erst im Verlauf des Entwicklungsprozesses, nach Vorliegen eines rechtsgültigen Rahmenplans erfolgen.

Aktive Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen und dem benachbarten Ausland

- Ergebnis:

Der Kanton Schaffhausen hat seine Zusammenarbeit mit den angrenzenden Kantonen und dem benachbarten Ausland aktiv weitergepflegt und punktuell erfolgreich intensiviert. Zentral waren der Besuch von Baden-Württembergs Ministerpräsident auf Einladung der Schaffhauser Regierung im Juni 2018 sowie die Vorsitze der Internationalen Bodensee-Konferenz 2018 und der Hochreinkommission 2017–2018. Der enge, gute Austausch des Kantons und die persönlichen Kontakte mit allen politischen Ebenen der deutschen Nachbarschaft (Gemeinden, Landkreise, Regierungspräsidien, Bundesland) sind zudem im Zuge der Covid-19-Pandemie während der dreimonatigen Grenzschliessung von Mitte März bis Mitte Juni 2020 und in Bezug auf die laufend neuen Fragestellungen rund um die Entwicklung der Pandemie besonders zum Tragen gekommen.

Die Vertretung der Agglomeration Schaffhausen in der Metropolitankonferenz Zürich hat sich mit dem Einsitz des Schaffhauser Stadtpräsidenten im Metrorat nebst dem Sitz der Kantonsregierung sowie den neuen Vereinsmitgliedschaften der Gemeinden Diessenhofen und Feuerthalen weiter verstärkt. Eine aktive Zusammenarbeit wurde auch innerhalb der grenzüberschreitenden Agglomeration Schaffhausen fortgeführt. Dabei stand in der Randkommission das Engagement für gemeinsame Kernanliegen wie Fortschritte bei der verbleibenden Elektrifizierung des Streckenabschnittes Erzingen-Basel der Hochrheinbahn, Angebotsverbesserungen auf der Gäubahn-Verbindung (Strecke Zürich-Schaffhausen-Stuttgart) sowie die «3Welten»-Projekte im Bereich Tourismus im Vorder-

grund. Im Verein Agglomeration Schaffhausen wurden die Grundlagen für eine Teilnahme an der 4. Generation der Agglomerationsprogramme des Bundes erarbeitet sowie in den Bereichen Kultur und Freizeit Projekte wie die «Burgen- und Schlösser-Tage grenzenlos», das Literaturfestival «Erzählzeit ohne Grenzen» oder die Museumsnacht Hegau-Schaffhausen aktiv unterstützt.

In der Programmperiode V (2014–2020) des EU-Förderprogramms Interreg konnten von insgesamt 88 Projekten 23 mit Schaffhauser Beteiligung lanciert werden, darunter die Entwurfs- und Genehmigungsplanung für die auf der Hochrheinstrecke verbleibende Elektrifizierung. Im Jahr 2020 bestätigte der Regierungsrat zudem die Teilnahme an der kommenden Förderperiode VI (2021–2027).

Innerhalb der bilateralen internationalen Zusammenarbeit wurde die vor dem Hintergrund der gemeinsamen Auswanderungs- bzw. Einwanderungsgeschichte 2008 begründete Partnerschaft mit der brasilianischen Stadt Joinville mit der Unterzeichnung eines neuen Umsetzungsprogramms 2020–2023 und einem damit verbundenen Delegationsbesuch in Joinville im Februar 2020 aufgefrischt. Im Februar 2018 unterzeichnete der Kanton zudem eine Partnerschaftvereinbarung mit der chinesischen Provinz Hunan. Mit der Partnerschaft verfolgen die beiden Parteien nebst der Pflege der offiziellen Beziehungen insbesondere die Vertiefung der Zusammenarbeit in verschiedenen Wirtschaftsbereichen. Eine für 2020 geplante Wirtschaftsdelegationsreise musste pandemiebedingt verschoben werden.

Kantonstag Schaffhausen am Fête des Vignerons 2019

- Ergebnis:

Der Kantons Schaffhausen präsentierte sich unter dem Motto «Schaffhouse; Le Pays du Pinot Noir». Der bewusst eher klein gehaltene Auftritt war in allen Belangen ein voller Erfolg. Das Schaffhauser Blauburgunderland – in Zusammenarbeit mit den Weinfreunden Schaffhausen – präsentierte an verschiedenen Ständen die Schaffhauser Weine und die touristischen Highlights. Auf den Festbühnen in Vevey traten diverse Musikerinnen und Musiker aus der Region Schaffhausen auf.

Gastauftritt Olma 2020

- Ergebnis:

Der Gastauftritt an der OLMA 2020 wurde Corona bedingt durch den Verwaltungsrat der OLMA-Messen auf das Jahr 2021 verschoben. Die Vorbereitungsarbeiten für den Gastauftritt 2020 waren zu diesem Zeitpunkt praktisch abgeschlossen. Der Kanton Schaffhausen setzte sich dafür ein, dass der Auftritt 2021 nachgeholt werden kann und dass damit die bereits investierten Finanzen nicht verloren sind.